

# asyl

3 • 2017

aktuell

Zeitschrift der  
asylkoordination  
österreich

Afghanistan  
Syrien  
Somalia  
Irak



Mehr als Flucht –  
Informationen zu  
Herkunftsländern

# Inhalt

- 01 Vorwort**
  
- 02 AFGHANISTAN**
- 03 Geographie und Bevölkerung**
- 04 Familie und Geschlechterbeziehungen**
- 05 Vielfalt Afghanistans**
- 07 Religion und Bildung**
- 08 Geschichte**
- 11 Aktuelle Situation**
- 13 Fluchtbewegungen**
- 14 AfghanInnen in Österreich**
- 16 Literatur**
  
- 18 SYRIEN**
- 19 Bevölkerung**
- 21 Wirtschaft**
- 21 Stellung der Frauen vor dem Krieg**
- 22 Die Syrischen Kurden**
- 24 Geschichte des Landes**
- 26 Aktuelle Situation des Landes**
  
- 33 SOMALIA**
- 34 Geographie und Wirtschaft**
- 35 Gesellschaft und Bildung**
- 35 Clansystem**
- 37 Geschichte**
- 40 Aktuelle Situation**
- 44 Situation von Geflüchteten**
- 47 Literatur**
  
- 49 IRAK**
- 50 Geographie und Bevölkerung**
- 53 Geschichte**
- 58 Aktuelle Situation**
- 61 Die Flüchtlingssituation**
- 63 Empfehlungen**

# LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

In den vergangenen zwei Jahren haben wir vor allem durch unsere neu gestaltete und organisiert Website und eine Reihe von Informationsblättern aktuelle Informationen zu verschiedenen rechtlichen und politischen Themen aufgearbeitet. In dieser Reihe waren auch Informationsblätter zu verschiedenen Herkunftsländern geplant, diese Informationen finden Sie nun in dem vorliegenden Heft der asyl aktuell. Die asylkoordination ist seit langem dem Wiener Institut für Kultur- und Sozialanthropologie (KSA) eng verbunden. Unter anderem, weil zwei MitarbeiterInnen AbsolventInnen dieses Instituts sind. Durch diesen Kontakt hat es sich ergeben, dass wir einen Teil der Ergebnisse einer Initiative von Studierenden des KSA-Instituts – Info-Broschüren zu vier der wichtigsten Herkunftsländer (Afghanistan, Irak, Somalia und Syrien) – in der vorliegenden Sonderausgabe unseren Magazins asyl aktuell publizieren dürfen. Wir wollen damit beitragen, dass die höchst informativen Texte der jungen KollegInnen die breite und interessierte LeserInnenschaft bekommen, die sie verdienen.

Wir bedanken uns bei allen AutorInnen und den Grafikerinnen, die uns die fertige Broschüren zur Verfügung gestellt haben.

## MEHR ALS FLUCHT, INFOS ZU HERKUNFSTREGIONEN

Seit 2015 hat sich die Zahl der Gemeinden, in denen schutzsuchende Menschen aufgenommen und betreut werden deutlich erhöht. In vielen dieser Gemeinden unterstützen BürgerInnen ehrenamtlich Flüchtlinge aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten. Damit steigt auch der Bedarf und das Interesse an Informationen über die Regionen aus denen diese Menschen geflüchtet sind, über Geschichte, Religion, soziale Beziehungen und Alltagskultur.

Eine Gruppe Studierender und AbsolventInnen des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien, hat es sich zur Aufgabe gemacht mit fundierten Informationen diesem verbreiteten Interesse entgegenzukommen. Im Zuge dessen ist das Studierendenprojekt „Mehr als Flucht – Infos zu Herkunftsregionen“ entstanden, das auf die Erstellung und Vermittlung von Hintergrundinformationen abzielt.

**Folgende Themen bieten wir an: Syrien / Irak / Afghanistan  
Somalia / Religiöse Praktiken / Soziokulturelle Praktiken**

Titelbilder: Syrien: © Andrewsyrria, Damascus/Syrien 2005, Irak: © Amir Sabah, Bagdad 2017,

Somalia: Fischer in Mogadischu © AMISOM, Afghanistan: Landschaft in der Nähe von Herat © Marius Arnesen

# AFGHANISTAN





# AFGHANISTAN

## GEOGRAPHIE UND BEVÖLKERUNG

Afghanistan ist ein Binnenstaat an der Schnittstelle von Süd- zu Zentralasien. Das Land grenzt an den Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, China und Pakistan. Die gegenwärtigen Grenzen wurden Ende des 19. Jahrhunderts festgelegt und sind das Ergebnis kolonialer Auseinandersetzungen zwischen dem zaristischen Russland und Britisch-Indien, in deren Verlauf Afghanistan zu einem Pufferstaat wurde. Bis heute ist diese Grenzziehung, insbesondere die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan, umstritten zumal sie die Siedlungsgebiete der Paschtunen durchschneidet. Mit 652.225 km<sup>2</sup> ist Afghanistan in etwa acht Mal so groß wie Österreich. Etwa drei Viertel des Landes bestehen aus teilweise sehr schwer zugänglichen Gebirgen, unter anderem dem Hindukusch-Gebirgszug, dessen höchste Gipfel um die 7.500 m hoch sind. Nur ca. 11% der Gesamtfläche können ackerbaulich genutzt werden.

Afghanistan hat schätzungsweise 33 Millionen BewohnerInnen. Davon leben 74%, also 24,5 Millionen Menschen, in ländlichen Gebieten. Weitere 1,5 Millionen sind NomadInnen. Die restlichen 7 Millionen leben in Großstädten wie Kabul, Herat, Kunduz oder Kandahar. Die Hauptstadt Kabul zählt zu den fünf am schnellsten wachsenden Städten der Welt. Das rasante Wachstum der Stadt ist sowohl auf die Zuwanderung von zurückgekehrten bzw. abgeschobenen Geflüchteten aus den Nachbarländern Pakistan und Iran wie auch auf den Zuzug von ArbeitsmigrantInnen und Binnenvertriebenen aus dem ländlichen Raum zurückzuführen. Die momentane Lebenserwartung liegt bei 60 Jahren. Mehr als 60% der AfghanInnen, also 21 Millionen, sind unter 25 Jahre alt. Diese große Gruppe junger Menschen, die ins Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt drängt, stellt das Land vor zusätzliche Herausforderungen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, v.a. zurückkehrende





**Beim Drachen steigen** © Kristina Truluck

Geflüchtete und im eigenen Land Vertriebene, sogenannte Binnenvertriebene, leben in Armut. 40% der AfghanInnen haben regelmäßig nicht genug zu essen und mehr als 1 Million Kinder benötigen eine Behandlung wegen akuter Unterernährung.

Nach fast vier Jahrzehnten kriegerischer Auseinandersetzungen sind Wirtschaft und infrastrukturelle Grundlagen weitestgehend zerstört. Das Land zählt zu den ärmsten der Welt. Insbesondere für junge Erwachsene scheint das Leben in Afghanistan aussichtslos, fast ein Viertel der Jugendlichen ist laut UN ohne Arbeit. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch und weist große regionale Unterschiede auf. In den südlichen und östlichen Teilen Afghanistans übersteigt sie inoffiziell 75 %. Verursacht wird sie durch die große Zahl von RückkehrerInnen aus dem Exil, die hohen Geburtenraten und das geringe Wirtschaftswachstum, welches es nicht ermöglicht ausreichende Arbeitsplätze zu schaffen.

Afghanistan ist hauptsächlich ein Agrarland. Der Industriesektor hat nur wenig Bedeutung. Die Exporte bestehen v.a. aus Trockenfrüchten, Karakulfellen, Wolle und Baumwolle sowie Teppichen. Zu den wichtigsten Importländern zählen neben Pakistan und dem Iran auch Staaten der Europäischen Union. Afghanistan ist weiterhin der weltweit größte Produzent von Opium. Der Verkauf von Drogen stellt eine wichtige und konfliktreiche Einnahmequelle dar.

## FAMILIE UND GESCHLECHTERBEZIEHUNGEN

Islamische Rechtsvorstellungen prägen zum großen Teil das Familien-, Straf- und Erbrecht. In der jüngeren Geschichte gab es immer wieder Versuche, die Stellung von Frauen durch Rechtsreformen zu verbessern. Diese haben mehrfach zu Aufständen geführt. In den ländlichen Gebieten ist die Auffassung darüber, wie sich Frauen zu verhalten haben, hauptsächlich von traditionellen Vorstellungen geprägt. Sie dürfen ihre Aufgaben als Töchter und Mütter nicht vernachlässigen. Männer haben eine bevorzugte Stellung in Gesellschaft und Familie. Gewöhnlich bestimmen die Väter über Ausbildung, Heirat und Beruf der Kinder. Frauen werden oft ab dem 16., Männer ab dem 17. Lebensjahr verheiratet. Allerdings kommt es vor, dass bereits vor

diesen Altersgrenzen geheiratet wird.

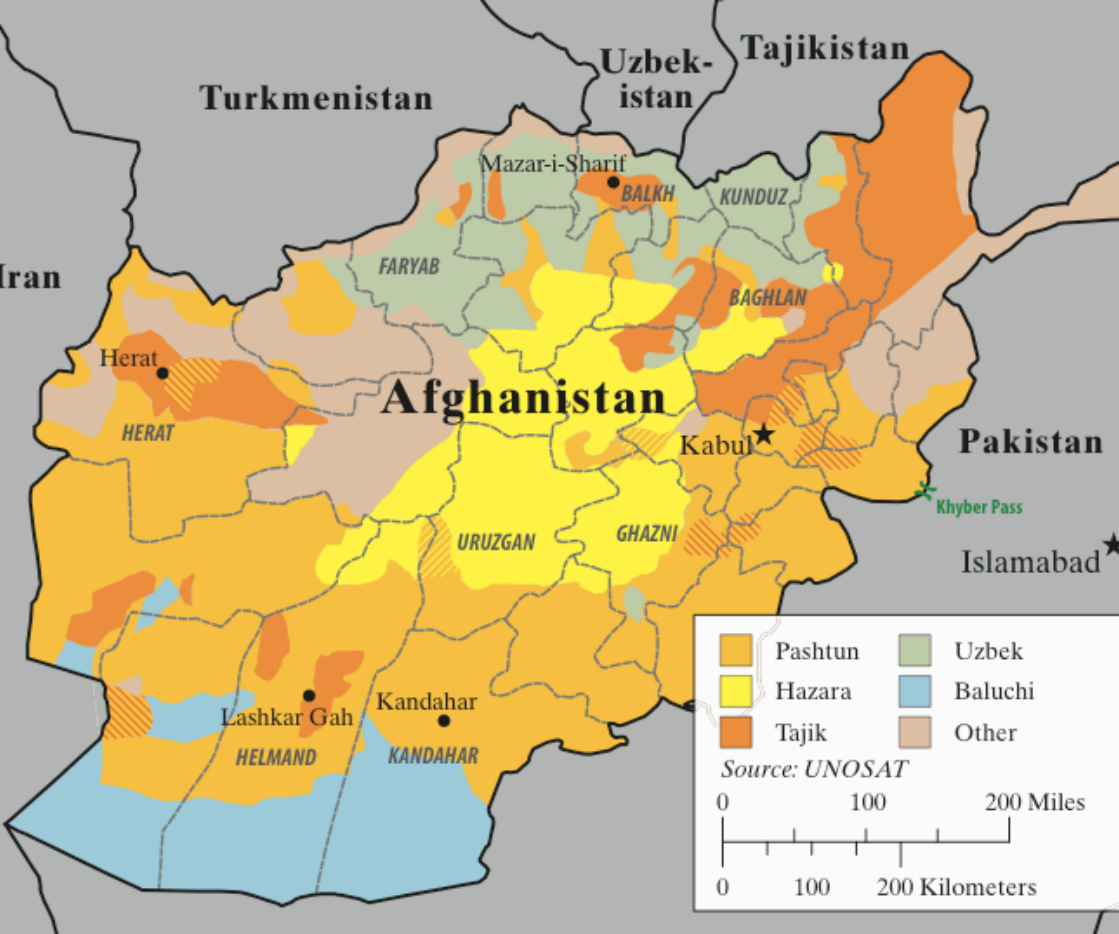
Sexuelle Erfahrungen vor der Ehe sind unüblich. Die afghanische Gesellschaft orientiert sich meist an den ungeschriebenen Regeln von Ehre, Scham und Schande. Unehrenhaftes Verhalten des Einzelnen hat hier nicht nur Konsequenzen für das Ansehen der Einzelperson, sondern führt zum Ehrverlust der ganzen Familie. Ehre zu haben, bedeutet sich gemäß den gesellschaftlich festgelegten Rollen zu verhalten und Schande heißt, diese Grenzen zu überschreiten. Vor allem von den Frauen wird erwartet sich an die Anstandsregeln zu halten. Aber auch Männer können zu Außenseitern in der Gesellschaft werden, wenn sie nicht in der Lage sind ihre Familie und ihr Eigentum zu verteidigen. Nur männliche Familienmitglieder können die Ehre der Familie wiederherstellen.

## VIELFALT AFGHANISTANS

Trotz vielfacher Bestrebungen ist es bislang nicht gelungen eine von allen BewohnerInnen Afghanistans akzeptierte „gemeinsame Identität“ zu schaffen. Die wichtigsten Merkmale sind für viele die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft Mazhab, zu einer Region Watan oder zu einer Solidargemeinschaft (z.B. Familie) Qawm. Bedingt durch seine geographische Lage weist das Land eine große Vielfalt an Sprachen, ethnischen Gruppen, und sozio-kulturellen und religiösen Praktiken auf.

Die Bevölkerung unterscheidet sich dabei in ihrer sozialen Organisation (z.B. Stammesorganisation, Talschaft), in ihrer Wirtschaftsweise (z.B. Ackerbau, Nomadismus) und in ihren Bräuchen. Dabei gibt es einen starken Stadt-Land-Gegensatz. Wie auch in Österreich werden Werte und Normen je nach Alter, Klasse, Region und Bildungsschichten, etc. verschieden aufgefasst. Zu den zahlenmäßig größten Gruppen zählen die folgende vier:

Die zahlenmäßig größte Bevölkerungsgruppe sind die PaschtunInnen. Sie bekennen sich mehrheitlich zum sunnitischen Islam und stellen mit 35 Millionen die größte Stammesgesellschaft der Welt dar. Paschtunen leben sowohl in Afghanistan, v.a. in den südlichen und östlichen Landesteilen, wie auch im Westen Pakistans, in Gebieten, die bis zur Grenzziehung mit Britisch-Indien Ende des 19.Jahrhunderts zu Afghanistan gehörten. Ihre Sprache, das Paschtu, ist seit 1930 neben Dari, eine der beiden Amtssprachen. Der Großteil betreibt Landwirtschaft und Viehzucht, der Rest nomadische Viehwirtschaft. Das Bindeglied aller Paschtunen ist erstens die Berufung auf einen gemeinsamen Vorfahren und zweitens der „Paschtunwali“. Bei



**Ethnische Gruppen** © Mike King

diesem handelt es sich um einen Rechts- und Ehrenkodex, der festlegt wie sich ein/e PaschtunIn verhalten soll (z.B. Gewährung von Gastfreundschaft) und Anleitung zur Rechtssprechung liefert. Trotz vieler Gemeinsamkeiten stellen die Paschtunen keine einheitliche Gruppe dar.

Die TadschikInnen leben in den nordöstlichen Provinzen (z.B. Kabul, Parwan, Baghlan oder Badachschan) sowie im Westen (z.B. Herat). Sie haben ein lokal oder regional bestimmtes Zusammengehörigkeitsgefühl. Zu ihren Merkmalen zählen die gemeinsame Sprache, ihre sesshafte Lebensweise und das Fehlen einer Stammesorganisation. Sie sprechen eine Variante des Persischen, das im Iran als Farsi, in Afghanistan als Dari und in Tadschikistan als Tadschiki bezeichnet wird.

Die Hazara sind größtenteils SchiitInnen und somit eine konfessionelle Minderheit. Sie sprechen eine eigene Variante des Dari, nämlich Hazaragi.



Hauptsiedlungsgebiet der Hazara ist das zentralafghanische Hochland, das sogenannte Hazarajat. Da dieses karge Hochland nur wenig landwirtschaftliche Erträge abwirft und die BewohnerInnen nur mangelhaft ernährt werden können, arbeiten viele Hazara als SaisonarbeiterInnen in tiefergelegenen Regionen. Dies führte bei einigen zu einer dauerhaften Abwanderung in die Städte, insbesondere nach Kabul, aber auch ins Ausland. In der Geschichte waren die Hazara oft Ziel von Diskriminierungen und Verfolgungen. Besonders während der Herrschaft Abdur Rahman Khan´s (1880-1901) und unter dem sunnitisch-paschtunisch dominierten Taliban-Regime (1994 bis 2001) waren die Hazara mit umfassender Verfolgung konfrontiert. Heute erleben sie einen sozialen Aufstieg, der sich u.a. im hohen Anteil hazarischer Studierender widerspiegelt.

Die UsbekInnen stellen die größte turksprachige Gruppe Afghanistans dar. Ihr Hauptsiedlungsgebiet liegt im Norden, wo sie sowohl im urbanen wie auch im ländlichen Raum leben. Ursprünglich waren sie Nomaden (v.a. Pferde- und Schafzucht). Heute bestreiten sie ihren Lebensunterhalt durch Handel, Ackerbau und Viehzucht und unterscheiden sich kaum von ihren tadschikischen Nachbarn. Bis zur endgültigen Eingliederung in den afghanischen Staat (Ende des 19. Jahrhunderts) stellten die UsbekInnen die politisch dominante Gruppe in Nord-Afghanistan dar. Seither waren sie, ähnlich wie andere Minderheiten (z.B. die Turkmenen, Hazara), mit vielfältigen Diskriminierungen konfrontiert. Erst mit der Verfassung von 2004 wurde ihre Sprache, das Usbeki, neben dem Dari und Paschtu, offiziell anerkannt.

## RELIGION UND BILDUNG

Religion ist für viele Menschen in Afghanistan ein wichtiger Bestandteil ihres alltäglichen Lebens. Nahezu 99% bekennen sich offiziell zum Islam, mehrheitlich in seiner sunnitischen Form. Der Islam hat dabei vielfältige regionale Prägungen und Eigenheiten. Nicht-islamische religiöse Minderheiten (Hindus, Sikh, Juden) und liberale Islam-Auffassungen finden sich heute überwiegend in den größeren Städten. Religiöse Gelehrte (die sogenannten Ulema) haben in der politischen Geschichte Afghanistans immer wieder eine tragende Rolle gespielt. Ebenso versuchen unterschiedlichste Gruppen – wie die Taliban – eine strenge, ihren Vorstellungen entsprechende Ausübung des Islam durchzusetzen.

In Afghanistan gibt es allgemeinbildende Schulen, sowie Berufsschulen und islamische Schulen. Im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen der

letzten vier Jahrzehnte wurden ca. 75% der vorhandenen Schulgebäude zerstört. 80% der Lehrkräfte flohen ins Ausland oder übten einen anderen Beruf aus. Seit dem Ende des Taliban-Regimes 2001 wurden große Anstrengungen unternommen das Schulsystem wiederaufzubauen. Dennoch besuchen rund 40% aller Kinder im schulfähigen Alter, davon ca. 60% Mädchen, nicht oder nur unregelmäßig eine Schule. Dies gilt vor allem für jene Landesteile, wo die Sicherheitslage schlecht ist (z.B. in den südlichen Provinzen Afghanistans). Hier findet



**In der Schule** © Kenneth Holston

der Unterricht meist nur im Rahmen von Koranschulen statt und erfolgt hauptsächlich durch Imame oder Mullahs, den Gelehrten, in Moscheen. Dort werden vorwiegend religiöse Inhalte vermittelt.

## GESCHICHTE

Mit über 3.500 Jahren Geschichte ist Afghanistan eine der ältesten durchgehend besiedelten Regionen der Welt. Es wurde oft als militärisches und wirtschaftliches „Durchgangsland“ bezeichnet. Einige Teile des heutigen Afghanistans waren Bestandteile diverser Großreiche, u.a. jenes der Mongolen und Timuriden. Unter Ahmad Shah Durrani kam es 1747 zur Gründung des afghanischen Zentralstaates. Dessen Einflussbereich blieb jedoch gering. Die Paschtunen lehnten eine zentralstaatliche Kontrolle ab und rebellierten immer wieder gegen zu starke staatliche Eingriffe. Im 19. Jahrhundert wurde Afghanistan zum Spielball der kolonialen Interessen seiner beiden Nachbarn Russland und Britisch-Indien. Vor allem die Briten versuchten wiederholt sich in die afghanische Innenpolitik einzuschalten und einen ihren Interessen dienenden Herrscher in Kabul zu installieren. Nach zwei erfolglosen Invasionen (1839-1842 und 1878-1880) einigte sich Großbritannien mit dem zaristischen Russland über den politischen Status.

Afghanistan sollte als Pufferzone zwischen den beiden Kolonialmächten dienen. Diese bestimmten durch mehrere Verträge auch die heutigen Grenzen des Landes. Insbesondere die sogenannte Durand-Line, die 1893 den Grenzverlauf zwischen Afghanistan und Britisch-Indien festlegte und mitten durch die paschtunischen Siedlungsgebiete verläuft, führt bis heute zu Konflikten mit Pakistan.

Unter Abdur Rahman Khan (1880-1901) kam es zu einem Zentralisierungsversuch Afghanistans. Ein stehendes Heer wurde errichtet und die Verwaltung ausgebaut. Durch mehrfache Kriegszüge, u.a. gegen die Hazara und Usbeken, konnte der Einfluss des afghanischen Staates auf deren Siedlungsgebiete ausgedehnt werden. In diese Regionen wurden Paschtunen zwangsumgesiedelt. Ab 1919 versuchte Amanullah Khan (1919 -1928), ein Enkel Abdur Rahman Khan´s, Afghanistan nach dem Vorbild europäischer Staaten zu reformieren. Unter ihm wurde 1923 die erste Verfassung verabschiedet. Seine Reformen rund um Frauenemanzipation und die Gründung nichtreligiöser Schulen sorgten insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung und bei den religiösen Gelehrten für starken Widerstand. 1928 wurde Amanullah Khan schließlich gestürzt. Um das Vertrauen der rebellierenden Gruppen in die Dynastie wiederherzustellen, unternahm seine Nachfolger (König Nadir Schah 1930-1933 und Zahir Schah 1933 -1973) nur langsame Modernisierungsschritte. Diese zielten vor allem auf den Ausbau der Infrastruktur (z.B. Straßenbau, Errichtung von Bewässerungsanlagen und Telegraphenverbindungen) ab, während Maßnahmen zur Verwestlichung der Gesellschaft (z.B. Emanzipation der Frauen, Säkularisierung etc.) nur sehr vorsichtig umgesetzt wurden.

Die 1960er Jahre waren durch eine Politisierung der städtisch gebildeten Bevölkerung geprägt. 1964 wurden die ersten allgemeinen Parlamentswahlen abgehalten. Es entstanden eine Reihe politischer Gruppen: Linke Parteien, wie z.B. die kommunistisch demokratische Volkspartei, aber auch religiös inspirierte Zusammenschlüsse aus deren Reihen die späteren Führer der anti-kommunistischen Widerstandskämpfer (die sogenannte Mujaheddin) der 1980er Jahre, wie z.B. Gulbuddin Hekmatyar oder Burhanuddin Rabbani, hervorgingen. Im Laufe der weiteren Jahre bekämpften sich kommunistische und religiöse Gruppen gegenseitig. Gleichzeitig verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage. Einer Dürreperiode von 1969 bis 1972 fielen schätzungsweise 100.000 Menschen zum Opfer. Dies führte zu umfangreicher Kritik an der Regierung und an König Zahir Schah. Dieser wurde 1973 durch einen Putsch seines Cousins Mohammad Daoud Khan zur

Abdankung gezwungen.

Mohammad Daoud Khan erklärte Afghanistan zur Republik und bemühte sich um einen politischen und wirtschaftlichen Neubeginn sowie eine Annäherung an den Westen. Die kommunistische

Machtübernahme 1978 und der darauffolgende Aufstand gegen das neue Regime beendeten jedoch die angestrebten Veränderungen. Das Jahr 1978 markiert den Beginn des bis heute andauernden Konflikts. Die radikalen Land- und Bildungsreformen sowie die massive Unterdrückung politischer GegnerInnen führten schon bald zu umfassenden Rebellionen im ganzen Land.

Zur Unterstützung ihrer Verbündeten marschierte die Rote Armee im Dezember 1979 schließlich in Afghanistan ein. Mit der Invasion der sowjetischen Truppen kam es zu einer weiteren Eskalation der Gewalt. Überall im Land, vor allem in den ländlichen Regionen, entstanden Widerstandsgruppen, die zunächst - ausgestattet mit einfachsten Waffen - gegen das Regime vorgingen, welches den Widerstand mit aller Härte (z.B. Flächenbombardements von Dörfern und Nomadenlagern) zu brechen versuchte. Hunderttausende AfghanInnen flohen in die Nachbarländer oder in die als sicher geltenden Städte des Landes. Schon bald entstanden eine Reihe von Widerstandsparteien, die vor allem von Pakistan und Iran aus operierten. Vor allem die sogenannten „Sieben sunnitischen Parteien“ mit Sitz in Peschawar/ Pakistan erhielten zunehmend militärische Unterstützung, insbesondere von den USA und einigen arabischen Staaten (v.a. Saudi-Arabien). Der Widerstand gegen das kommunistische Regime und seine sowjetischen Verbündeten in Kabul entwickelte sich zunehmend zu einem „Stellvertreterkrieg“ der USA gegen die Sowjetunion.

Diese entschloss sich schließlich zum Abzug ihrer Truppen. Obwohl die letzten sowjetischen Soldaten im Februar 1989 das Land verließen, konnte sich das kommunistische Regime bis zum April 1992 an der Macht halten. Zwischen 1992 und 1996 wurde Afghanistan von einer oft in machinterne Konflikte verstrickten Koalition ehemaliger Mujaheddin Parteien regiert, denen es aber nicht gelang ein funktionierendes staatliches System aufzubauen. Afghanistan versank in einem blutigen Bürgerkrieg in dessen Verlauf Kabul in Schutt und Asche gebombt wurde.



**Parlament** © Ben/USAID



Ab Herbst 1994 etablierten sich ehemalige Mujaheddin-Gruppen, die später als Taliban bezeichnet wurden, im Süden Afghanistans als „Frieden“ bringende Gruppe. Es gelang ihnen, die in den paschtunischen Siedlungsgebieten herrschenden lokalen Warlords – vom Staat unabhängige militärische Kräfte – zu entmachten und stabile Verhältnisse herzustellen. Sie begannen, unterstützt von Pakistan und der unter der Führung Osama bin-Ladens stehenden Al-Qaida, immer weitere Regionen Afghanistans unter ihren direkten Einfluss zu bringen. 1996 nahmen sie Kabul ein und riefen das „Islamische Emirat Afghanistan“ aus. In den von ihnen kontrollierten Gebieten erließen sie strenge Regeln. Musik und TV-Geräte wurden verboten, Mädchen wurde es untersagt die Schule zu besuchen und Frauen durften keiner Arbeit mehr nachgehen.

Lediglich der Nordosten Afghanistans, der rund 10% der Landesfläche ausmacht, befand sich im Sommer 2001 noch in der Hand der „Nordallianz“. Bei dieser handelte es sich um ein Bündnis unterschiedlicher Gruppen, die zwar untereinander zerstritten waren, aber gemeinsam gegen die Taliban und ihre internationalen Verbündeten kämpften.

Als Reaktion auf die Anschläge auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001, forderten die USA die Taliban-Regierung auf, den von Afghanistan aus agierenden Osama bin-Laden auszuliefern. Da sich diese weigerte, begannen die USA Anfang Oktober 2001 mit der Operation „Enduring Freedom“. Mit massiven Luftschlägen und unterstützt durch Bodentruppen der Nordallianz konnte das Taliban-Regime innerhalb weniger Wochen besiegt werden. Allerdings forderte diese Operation eine hohe Zahl an zivilen Opfern und zerstörte vor Ort viel Vertrauen in die internationalen Truppen.

Auf einer Afghanistan-Konferenz in Bonn Ende November 2001 wurde eine Übergangsregelung für die Zeit nach den Kämpfen vereinbart. Diese hatte das Ziel, eine Demokratisierung des Landes durch politische und zivilgesellschaftliche Veränderung und nicht mehr nur militärische Interventionen herbeizuführen.

## AKTUELLE SITUATION

2004 beschloss eine aus 502 VertreterInnen verschiedener Bevölkerungsgruppen bestehende „Große Ratsversammlung“ (loya jirga) eine neue Verfassung, die Afghanistan zur „Islamischen Republik“ machte. Diese heutige Verfassung gilt als eine der demokratischsten der muslimischen

Welt und sieht die Gleichberechtigung der Angehörigen aller Religionen und ethnischen Gruppen sowie der Geschlechter vor. Seit 2014 ist Ashraf Ghani Präsident. Als sein Stellvertreter und Regierungschef fungiert Abdullah Abdullah. Die reale Macht ist durch den Einfluss zahlreicher lokaler Kräfte und bewaffneter Oppositionsgruppen jedoch stark eingeschränkt.

Seit 2009 kommt es zu einem Wiedererstarken der Taliban. Ende 2010 wurden deshalb vermehrt ausländische Truppen in Afghanistan stationiert. Aufgrund des ausbleibenden Erfolges des Vorhabens kam es jedoch Ende



2014 unter US-Präsident Barack Obama zum Abzug eines großen Teils der Truppen. Als Konsequenz verschlechterte sich die Sicherheitslage seit 2015 zusehends. Nicht nur die Taliban, sondern auch andere Gruppen, wie die Islamische Bewegung Usbekistans oder der Islamische Staat (IS) kontrollieren immer mehr Regionen und setzen die dort lebende Bevölkerung unter Druck. Parallel zur Verschlechterung der Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren die Zahl von intern Vertriebenen

**Darul-Aman-Palastes** © Magnustraveller

und Flüchtlingen erhöht.

Der Wiederaufbau des Landes erweist sich als äußerst problematisch, da ein funktionierender Staatsapparat, eine unabhängige Justiz, freie Medien, Zivilgesellschaft, demokratische Parteien und Sicherheitsorgane weitgehend fehlen. Vor allem junge AfghanInnen sehen durch die umfassende Korruption, die wirtschaftlichen Probleme und die sich verschlechternde Sicherheitslage keine Zukunft im Land. Immer größere Teile der Bevölkerung machen die Regierung für die schlechte Führung, den Auswuchs der Drogenwirtschaft und den zu langsam erscheinenden Wiederaufbau verantwortlich. Wichtige Themen wie Arbeitslosigkeit oder eine Verringerung der Armut werden nicht genügend berücksichtigt. Dieses Misstrauen äußert sich auch durch Betrugsvorwürfe bei Wahlen. Dem jüngsten, seit nunmehr 15 Jahren, andauernden Bürgerkrieg fielen insgesamt 70.000 Menschen zum Opfer. Über zwei Millionen Personen sind bisher vor den Gefahren geflohen und noch immer verlassen viele Menschen das Land.

Die Politisierung großer Teile der afghanischen Gesellschaft, v.a. der

Hazara und Turkvölker, spiegelt sich im Machtkampf zwischen moderaten und religiösen Kräften wieder. Zusätzlich herrschen Konflikte zwischen verschiedenen Fraktionen der politischen Elite, insbesondere RückkehrerInnen aus dem „Westen“, und Führern aus dem Umfeld der ehemaligen Mujaheddin-Gruppen, die



**Anschlag in Kabul** © Abdul Ghafoor

das Land destabilisieren. Einige davon stehen modernen, auf Staatlichkeit basierenden Vorstellungen entgegen. Viele lokale und nationale Kräfte sind zudem in die Drogenwirtschaft involviert. Diese trägt mit etwa 90% des weltweiten Exports von Opiaten weiterhin zur Finanzierung des Konflikts auf beiden Seiten bei.

Seit 2016 nehmen öffentliche Bestrafungen (Peitschenhiebe, Hinrichtungen) und Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu. Die unsichere Lage schränkt außerdem den Zugang zu Bildung und Gesundheit ein. Die Umsetzung wirtschaftlicher Reformen wird durch interne politische Konflikte, bürokratische Hürden und alltägliche Korruption, eingeschränkt. Die Taliban destabilisieren überall dort, wo Staat und die UNO entgegenwirken wollen. Durch ihre gezielten Angriffe schüren sie zusätzlich das stärker werdende Misstrauen gegenüber radikalen Gruppen und die Angst der in Afghanistan lebenden Menschen. Insgesamt gab es 2016 über 11.000 getötete ZivilistInnen. Kinder und Jugendliche waren stark betroffen: über 900 wurden getötet und mehr als 2.500 verletzt.

## FLUCHTBEWEGUNGEN

Die bereits erwähnten Konflikte, eine schlechte Sicherheitslage, Korruption, fehlende Infrastruktur und Bildung sowie unzureichender Minderheitenschutz veranlassen Menschen nach wie vor zur Flucht. Ein Großteil der Regionen wird inzwischen wieder von den Taliban kontrolliert. Es kommt

zu zahlreichen Zwangsrekrutierungen von Kindern und Jugendlichen und permanent besteht die Gefahr Opfer von Anschlägen zu werden.

Afghanische Geflüchtete lassen sich grob in die folgenden Gruppen einteilen: Es gibt unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene. Eine weitere Gruppe sind Männer zwischen 20 und 35 Jahren. Sie kommen aus dem Süden Afghanistans, wo der Konflikt zwischen Regierung und Taliban besonders ausgeprägt ist. Sie fliehen meist alleine und hoffen auf Familienzusammenführung. Die dritte Gruppe umfasst AfghanInnen, die für internationale Organisationen, NGOs oder Truppen gearbeitet haben und sich vor Racheakten durch die Taliban und andere Kräfte fürchten. Und schließlich jene jungen AfghanInnen, die durch ausländische Organisationen ausgebildet wurden und sich im heutigen Afghanistan „fremd“ fühlen.

Viele AfghanInnen, denen das Geld oder eine Ausbildung fehlen, um nach Europa zu gelangen, fliehen innerhalb des Landes aus ländlichen Gebieten in die Stadt. Anfang 2017 erreichte die Zahl der intern Vertriebenen mit fast 1,8 Mill. einen neuen Höchststand. Jeder Vierte dieser Binnenflüchtlinge ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. Weitere 2,6 Millionen leben nach wie vor in den Nachbarländern Iran und Pakistan (um 2001 waren es noch mehr als 6 Mill. gewesen). Allerdings hat sich die Situation afghanischer Flüchtlinge in den beiden ursprünglichen Hauptaufnahmелändern in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Sowohl Iran wie auch Pakistan drängen afghanische Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat. Beispielsweise zwang Pakistan in der 2.Hälfte des Jahres 2016 rund 500.000 AfghanInnen, auch jene, die im Land geboren wurden, dazu das Land zu verlassen. Wegen der schwierigen Lebensbedingungen in beiden Staaten versuchen viele AfghanInnen heute nach Europa zu fliehen. Eine der Fluchtrouten führt über die Türkei, wo afghanische Flüchtlinge ebenfalls unerwünscht sind. Sie sind vom Resettlement-Programm der UNO sowie jeglicher Unterstützung durch die türkischen Behörden ausgeschlossen und können jederzeit nach Afghanistan angeschoben werden.

## AFGHANINNEN IN ÖSTERREICH

Derzeit leben ca. 35.000 AfghanInnen in Österreich, die meisten in Wien, Oberösterreich und der Steiermark. Österreich zählt, neben Deutschland und Schweden, zu einem der Hauptzielländer innerhalb der EU. Allein 2015 kamen über 25.000 afghanische Flüchtlinge ins Land.



Insgesamt ist die afghanische „Community“ sehr vielfältig und spiegelt die unterschiedlichen Fluchtwellen der letzten Jahrzehnte wieder. Während anfänglich nur eine kleine Zahl, meist gebildeter, oft aus dem städtischen Milieu stammender Personen nach Österreich floh, kamen in den letzten 15 Jahren deutlich mehr AfghanInnen, pro Jahr mehrere tausende. Unter ihnen befinden sich nun nicht nur wohlhabende und westlich gebildete Personen, sondern auch AnalphabetInnen und Angehörige unterer sozialer Schichten. Darunter sind auch viele AfghanInnen, die viele Jahre oder Jahrzehnte in Pakistan und Iran gelebt haben oder dort geboren wurden und nun aufgrund der gegenwärtigen Flüchtlingspolitik in beiden Ländern dort für sich und ihre Familien keine Zukunft mehr sehen.

Obwohl AfghanInnen zu den zahlenmäßig größten Gruppen von AsylwerberInnen in Österreich gehören (2015 waren es 25.000 Personen, SyrerInnen rund 24.000) ist die Anerkennungsquote bei AfghanInnen deutlich niedriger.



2016 erhielten nur rund 25 % der afghanischen AntragsstellerInnen einen positiven Asylbescheid (bei den SyrerInnen 89%). Weiteren 37 % wurde der Status eines subsidiär Schutzberechtigten zugestanden. Unter den nach Österreich geflüchteten Personen sind zahlreiche unbegleitete, v.a. männliche Jugendliche im Alter zwischen unter 14 Jahren bis 18 Jahren. 2015 waren dies insgesamt 5.676 Kinder und Jugendliche, 2016, trotz Rückgang der Antragszahlen immerhin noch 2.746 Personen. Gegenwärtig fühlen sich zahlreiche afghanische AsylwerberInnen in Österreich von Abschiebung bedroht. Aus der Sicht zahlreicher europäischer Regierungen, auch der österreichischen, gilt Afghanistan heute als ein „sicheres Land“. Erleichtert wird die Rückführung durch den im Oktober 2016 zwischen der EU und der afghanischen Regierung geschlossenen „Joint Way Forward“ Vertrag. Im Rahmen dieses Übereinkommens verpflichtet sich Afghanistan zur Rücknahme von rund 80.000 Personen bis zum Jahr 2020. Im Austausch bezahlt die EU Hilfsgelder in der Höhe von 1,2 Milliarden.

## WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- ABAWI, Atia. 2015. Der geheime Himmel. München: DTV Verlag.
- AHMAD, Jamil. 2013. Der Weg des Falken. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.
- BOESBERG, Andre. 2008. Den Taliban entkommen. Berlin: Bloomsbury Verlag.
- DJAN, Hassan Ali. 2015. Afghanistan. München. Ich. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.
- GEDA, Fabio. 2011. Im Meer schwimmen Krokodile. München: Knaus Verlag.
- HASHIMI, Nadia. 2017. Wenn die Nacht am hellsten ist. Köln: Lübbe Verlag.
- HOSSEINI, Khaled. 2013. Traumsammler. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- JOYA, Malalai. 2009. Ich erhebe meine Stimme. München: Piper Verlag.
- WURMB-SEIBEL, Ronja. 2015. Ausgerechnet Kabul. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

E-Mail: [mehralflucht.ksa@univie.ac.at](mailto:mehralflucht.ksa@univie.ac.at)  
[www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at](http://www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at)

# Mehr als Flucht— Vorträge

mehr  
als  
flucht

Wissensvermittlung über die Herkunftsländer **Syrien, Irak, Somalia und Afghanistan** sowie über **soziokulturelle** und **religiöse Praktiken**

**kontakt: mehralsflucht.ksa@univie.ac.at**

Studierende werden von ExpertInnen und WissenschaftlerInnen unter Einbindung von Geflüchteten zu VermittlerInnen in Gemeinden ausgebildet.

In den letzten eineinhalb Jahren bildeten sich in Österreichs Gemeinden eine Vielzahl von Gruppen ehrenamtlicher BetreuerInnen von Flüchtlingen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen. Damit steigt auch der Bedarf an **Information für Gemeinden zu den Herkunftsländern sowie religiöser und kultureller Spezifika**, um im interkulturellen Dialog bei der **Integration der Geflüchteten unterstützen zu können**. Das Fach der Anthropologie, also das der Wissenschaft vom Menschen, beschäftigt sich explizit mit **Interkulturalität** und verfügt über das heute geforderte Wissen zu den Herkunftsregionen, den Fluchthintergründen sowie zu sozialen, kulturellen und religiösen Praktiken der betroffenen Menschen.

**Zielgruppengerecht für die allgemeine Bevölkerung wird dieses Wissen durch Informationsbroschüren und Vorträge direkt an Gemeinden und BetreuerInnen sowie über Schulen und Volkshochschulen, NGOs und andere Interessierte weitergegeben.**

# SYRIEN





Syrien hat eine Fläche von ca. 180.000 km<sup>2</sup> und ist somit halb so groß wie Deutschland. Das Land weist eine vielfältige geografische Gliederung auf: Der Küstenstreifen am Mittelmeer hat ein mediterranes Klima mit trockenen Sommern und milden Wintern. Hinter dem schmalen Küstenstreifen erhebt sich das nordwestsyrische Kalksteinmassiv, das zu einem großen Teil von ChristInnen und YezidInnen besiedelt ist. Auf die Gebirgsregionen folgt die Wüstensteppe im Landesinneren, mit kontinentalem Klima und kalten Wintern. Im Südosten des Landes liegt die Syrische Wüste, die sich in den benachbarten Ländern Irak und Jordanien fortsetzt. Im Nordosten findet man wieder eine fruchtbare Ebene, die bekannte Dschazira. Der Süden ist durch Vulkane und Lavafelder geprägt. Im Südwesten liegt das von Israel besetzte Plateau der Golanhöhen.

## Bevölkerung

In Syrien lebten knapp 21 Millionen Menschen (2010), die meisten davon in den Ballungszentren um die großen Städte Aleppo, Damaskus, Homs, Hama und Latakia. Am dünnsten sind die Wüstengebiete im Osten des Landes besiedelt. Neben der geografischen Vielfalt zeichnet sich Syrien durch seine bunte religiöse, ethnische und kulturelle Zusammensetzung aus. Die größte Religionsgemeinschaft mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Bevölkerung bilden die sunnitischen Muslime.

Die zweitgrößte Gruppe mit ca. 15% machen die alawitischen Muslime aus. Christen haben einen Bevölkerungsanteil von über 10%. Andere schiitische Minderheiten sind die Drusen und Ismailiten. Daneben leben in Syrien noch Yeziden und eine kleine Gruppe von Juden. Die Yeziden gehören fast ausschließlich der kurdischen Ethnie an. Das Yezidentum ist eine sehr alte Religion, entstanden aus Elementen des Mithraismus, Zoroastrismus, Islam, Sufismus, Judentum und dem orientalischem Christentum.

Auch das Christentum in Syrien hat eine sehr lange Tradition. Bis zur Islamisierung des Landes im 7. Jahrhundert war Syrien mehrheitlich christlich. Die christlichen Aramäer oder Assyrer sprechen aramäisch und gehören einer Vielzahl unterschiedlicher Kirchen an. Die syrische Bevölkerung definiert ihre ethnische Zugehörigkeit aber nicht nur über Religion, sondern auch über unterschiedliche Sprachen und, in einigen Regionen, über traditionell stammesgeschichtliche Zugehörigkeiten.

Neben der arabischen Mehrheit gibt es demnach in Syrien noch Kurden, aramäisch sprechende Gruppen, Turkmenen und Tscherkessen.

Die Tscherkessen stammen ursprünglich aus der Region um Sotchi in Russland, wo sie 1864 von der zaristischen Armee vertrieben wurden. Viele Teile der kaukasischen Bevölkerung flüchteten damals in das Osmanische Reich und wurden in der heutigen Türkei, in Syrien, Jordanien und Israel angesiedelt. Dort leben bis heute noch kaukasische Gruppen die, wie auch andere Minderheiten im Land, durch die Verfolgung aktuell besonders stark betroffen sind.

Wenn von Stammesstrukturen die Rede ist, meint man die Abstammung einer Gruppe von einem gemeinsamen Vorfahren. Als Mitglied einer solchen Abstammungsgruppe hat man Rechte (z.B. Zugang zu den Ressourcen der Gruppe, die oft gemeinsames Eigentum sind, Ackerland, Weideland, Wasserrechte), aber auch Verpflichtungen (Beistand, wenn die eigene Gruppe von anderen angegriffen wird). Stammesgruppen haben auch ihre eigenen Konfliktlösungsstrategien. Sie haben oft eine stärkere Bindung zur eigenen Gruppe und deren Land, als zu dem Staat in dem sie leben. Dieser wird durch seine Maßnahmen der Kontrolle oft auch als Gefahr gesehen.

Die offizielle Sprache Syriens ist Hocharabisch. Im Alltag werden auch Kurdisch, Aramäisch, Armenisch, Turkmenisch, Tscherkessisch oder andere Minderheitensprachen gesprochen. Die Vielfalt des Landes ist in seinem reichen und bedeutenden historischen Erbe begründet. Syrien war ein wichtiger Bestandteil der Zivilisationen des alten Orients. Danach spielte es auch in der griechischen und römischen Antike eine wichtige Rolle. Die kulturelle Vielfalt birgt aber auch die Gefahr, dass Gruppen in konfliktreichen Zeiten gegeneinander ausgespielt werden. Die religiöse und ethnische Zugehörigkeit ist dabei nicht zwingend gleichzusetzen mit politischer Überzeugung.

Mit Blick auf den aktuellen Konflikt laufen Pro- und Contra-Assad-Trennungslinien quer durch ethnische Gruppen und sogar Familien. Es gibt konservativ-bürgerliche Sunniten die radikal-islamistische Aktivitäten strikt ablehnen, obwohl diese meistens aus dem sunnitischen Islam kommen. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen als Ursache von Konflikten können sehr vielfältige Gründe haben. Neben religiösen Überzeugungen spielen auch wirtschaftliche Faktoren und die



persönlichen Alltagserfahrungen der Menschen eine ausschlaggebende Rolle. Daher ist es wichtig die gesellschaftlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts in der Region zu verstehen. Diese haben zu großen Veränderungen in Syrien geführt.

## Wirtschaft

Die Basis der syrischen Wirtschaft sind die Landwirtschaft, der Export von Erdöl und die Erzeugung von Textilien und Nahrungsmitteln. Syrien war lange Zeit eines der bedeutendsten Länder im Mittelmeerraum und ökonomisch unabhängig. Den jüngeren politischen Problemen und der Zerstörung durch den Krieg, ging eine schwere wirtschaftliche Krise voran. Eine jahrelange Dürre schwächte die Landwirtschaft und verursachte eine starke Migration in die Städte. Die Ursachen der Krise waren aber auch strukturell bedingt. Die Vorräte an Erdöl gingen langsam zur Neige und die Exporte wurden immer wieder durch internationale Sanktionen geschwächt. Dennoch gab es eine funktionierende Mittelschicht und keine enorme Armut. Erst durch Baschar al-Assads neoliberale Maßnahmen und Privatisierungen wurde die Schere zwischen Arm und Reich größer.



*Einkaufsstraße in Damaskus*  
© Lazhar Deftien, 2009

## Die Stellung der Frauen vor dem Krieg

Frauen sind offiziell rechtlich und wirtschaftlich gleichgestellt. Durch Reformen in den letzten Jahrzehnten ist die Schulbildung stark angestiegen. 2010 absolvierten 96% der syrischen Mädchen eine Pflichtschule und 24% eine weiterführende Schule oder Universität. Frauen waren vor allem im Dienstleistungssektor mit 40% stark vertreten.

Allerdings gibt es trotz der de facto rechtlichen Gleichstellung, Traditionen und Klauseln in der Rechtsprechung, welche die tatsächlichen Positionen

der Frauen einschränken können: Erschwerter Zugang zu wichtigen Funktionen, familiärer Druck, mangelnde Erfahrung im Berufsleben, oder das Recht des Mannes, seiner Frau die Arbeit außerhalb des Hauses zu verbieten. In der Landwirtschaft ist es für Frauen schwierig Zugang zu eigenem Land, neuen Technologien, Krediten und Ausbildung zu bekommen.

Land befindet sich generell in Familienbesitz und somit im Besitz des Mannes, was die Entscheidungsgewalt der Frauen einschränkt. Allerdings ist Syrien, wie bereits erwähnt, ein vielfältiger Kulturraum. Traditionen und ihre Auslegungen haben, wie überall auf der Welt, unterschiedlich starken Einfluss auf das Alltagsleben der Menschen. Einige Probleme werden in dieser Broschüre angesprochen. Allerdings kann die weltliche und religiöse Selbstzuschreibung von sozialen Schichten, ethnischen Gruppen und Religionsgemeinschaften sehr unterschiedlich sein. Dass Frauen nicht arbeiten gehen müssen, ist zum Beispiel für die sunnitische Oberschicht in Damaskus ein angestrebtes Zeichen von Wohlstand.

## Die syrischen Kurden

Kurden sind eine ethnische Gruppe, die religiös unterschiedlich ist und in verschiedene Stammesgruppen aufgeteilt ist. Die Zuordnung ist oft problematisch, da sie auch politisch motiviert ist. Außerdem hängt es immer auch von der Selbstbezeichnung ab, ob sich jemand als Kurde/in definiert oder nicht. Ein Großteil der KurdInnen gehört zur Religionsgruppe der Sunniten und zu den Aleviten (in Zentralanatolien).

Es gibt aber auch schiitische KurdInnen, YezidInnen und christliche Minderheiten. Die Sprache Kurdisch ist Teil der iranischen Sprachfamilie und gliedert sich in Kurmanschi, Sorani (Iran, Irak) und Zazaki (Türkei, ist umstritten ob es Teil des Kurdischen ist).

Als „Kurdistan“ wurde die Pufferzone bzw. das Grenzland zwischen dem Persischen und Osmanischen Reich bezeichnet. Heute befinden sich Regionen mit einem mehrheitlich kurdischen Bevölkerungsanteil in der Türkei, in Syrien, im Iran und im Irak. In Syrien findet man davon die kleinsten Gebiete, dort sind die Kurden aber die größte sprachliche Minderheit des Landes. Schon früh hatte die syrische Regierung Angst vor kurdischen Abspaltungstendenzen.

1962 verloren im Zuge des Arabischen Nationalismus 120.000 KurdInnen nach einer außerordentlichen Volkszählung die syrische Staatsbürgerschaft und waren somit vollkommen entrechtet. 1965 errichtete die Baath-Partei den sogenannten Arabischen Gürtel, indem man begann, KurdInnen zwangsumzusiedeln. In diesen Regionen wurden dann arabische SyrerInnen angesiedelt, was bis heute zu Konflikten führt. Die syrischen KurdInnen hatten eine Vielzahl an Parteien. 2011 wurde der Kurdische Nationalrat (KNC) als Oppositionsbündnis kurdischer Parteien in Syrien gegründet. Die 2003 entstandene PYD (Demokratische Unionspartei und Schwesterpartei der türkisch-kurdischen PKK) hatte von Anfang an einen militärischen Vorteil, da sie über bewaffnete



*YPJ Kämpferinnen*  
© Bijikurdistan[CCBY2.0], 2015

Volksverteidigungskräfte verfügt: die sogenannte YPG, eine Armee mit Wehrpflicht und die sogenannte YPJ als weiblichen Ableger mit einer freiwilligen Frauenarmee. 2014 rief die PYD die autonomen kurdischen Kantone Efrîn, Kobanê und Cizîrê in der Region Rojava aus.

Dabei wurden arabische, assyrische, turkmenische und armenische Minderheiten eingebunden. Eine Allianz mit anderen kurdischen Gruppen gelang jedoch nicht, denn diese schlossen sich stattdessen im Kurdischen Nationalrat zusammen. Am 17. März 2016 wurde in Syrien mit der Ausrufung der autonomen „Föderation Nordsyrien-Rojava“ von der PYD ein kurdischer Staat ausgerufen. Dieser „Parastaat“ verfügt über staatliche Strukturen, Regierung und Polizeikräfte. Mit Assads Regime haben sie eine Zweckallianz gebildet. Der zunehmend autoritäre Umgang der PYD mit Oppositionellen zeigte sich auch im März 2017, als es eine erneute Verhaftungswelle gab und Parteibüros der Opposition geschlossen wurden. Die kurdischen Milizen kämpfen momentan aber nicht nur gegen den IS (Islamischen Staat) und die syrische Armee, sondern auch gegen Regierungstruppen aus Ankara, wodurch der

türkisch-kurdische Konflikt sich nun auch in Syrien fortsetzt. Die Region Rojava hat außerdem mit negativen wirtschaftlichen Folgen zu kämpfen. Da die Grenzübergänge zur Türkei und dem Irak geschlossen sind, gestaltet sich der Handel schwierig.

## Geschichte des Landes

Das Gebiet des heutigen Syriens gehörte nach der Eroberung durch Alexander dem Großen zum Römischen Reich. 634 n.Chr. wurde Syrien von arabischen Muslimen erobert, wobei Damaskus der Sitz des Kalifats und neben Mekka, Medina und Jerusalem eine der Heiligen Städte des Islams wurde. Etwa 1516 n.Chr. erfolgte die Eingliederung des Großraums Syrien in das Osmanische Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg war Syrien unter französischem Kolonialeinfluss. Frankreich misstraute aber der sunnitischen Mehrheitsbevölkerung, da diese im Osmanischen Reich die Oberschicht gebildet hatte. Daher wurden Minderheiten, etwa Alawiten oder Drusen, als Sicherheitskräfte, z.B. für Polizei oder Militär, rekrutiert. Das Militär war auch eine der wenigen Möglichkeiten für Minderheiten sozialen Aufstieg zu erlangen. Nachdem die Arabische Republik Syrien am 17. April 1946 die Unabhängigkeit von der französischen Kolonialmacht erlangte, gab es zunächst ein Mehrparteiensystem. 1963 kam die Baath-Partei durch einen Putsch an die Macht.

1971 wurde der Alawite Hafez al-Assad, der der Baath-Partei angehörte, Staatspräsident. Er versprach politische Stabilität und führte ein Einparteiensystem mit kleineren Untergruppierungen ein. Dies bedeutete auch, dass RegimekritikerInnen und allen, die eigene politische Forderungen vertraten, Verhaftung und Folter drohte. Zu dieser Zeit saßen bereits viele AlawitInnen in wichtigen Positionen, etwa im Geheimdienst oder im Militär, aber auch viele SunnitInnen arbeiteten mit dem Staat zusammen und gewannen dadurch an Reichtum. Unter Hafez al-Assad war Syrien von westlichen Einflüssen relativ abgeschottet und wenig industrialisiert. Eine soziale Grundversorgung und bäuerliche Selbstversorgung zeichneten das Land aus.

Die Politik der Baath-Partei äußerte sich in Landreformen, Verstaatlichung privater Unternehmen und Preiskontrollen. Um die Lebensbedingungen aller BürgerInnen zu verbessern, investierte der Staat massiv in die Infrastruktur, das Gesundheits- und Bildungswesen.

In den Folgegenerationen zog es immer mehr BewohnerInnen ländlicher Peripherien zur Berufsausbildung oder zum Universitätsstudium in die großen Städte. Zudem wurden Frauen unter dem Einfluss liberaler und kommunistischer Ideologien ermutigt, ein Universitätsstudium zu beginnen und leitende Positionen anzustreben.

Das Bildungssystem wurde reformiert und es gab eine Alphabetisierungsrate von fast 100%. Syrien hatte auch militärstaatliche Züge. Es gab viele Straßenkontrollen, der Wehrdienst dauerte zweieinhalb Jahre, eine große Rolle spielten auch die Geheimdienste. Durch die Verstaatlichung von Unternehmen verlor die alte Mittel- und Oberschicht an Bedeutung. Gleichzeitig entwickelten sich neue Eliten und eine neue Mittelschicht, die aufgrund ihrer politischen Nähe zur Baath-Partei zahlreiche wirtschaftliche Privilegien hatte.

Die Korruption im Land war groß. Charakteristisch dafür ist das sogenannte „wasta-System“, was umgangssprachlich so viel bedeutet wie „Beziehungen haben“ und in dem etwa verwandtschaftliche oder religiöse Gruppen einen unterschiedlich großen Einfluss hatten. 1982 kam es in der Stadt Hama zu einem Aufstand der sunnitisch islamistischen Muslimbrüder. Die Armee griff gewaltsam ein und die Niederschlagung des Aufstands wurde zu einem Massaker an tausenden ZivilistInnen. Es folgte eine umfangreiche Verhaftungswelle, die Hafez al-Assads Machtposition noch stärkte. Während des Kalten Krieges war Syrien pro-sowjetisch.

Syrien unterstützte den Iran gegen den Irak während des Ersten Golfkrieges 1980 - 1988. Das Verhältnis zum Iran war dennoch teilweise schwierig und angespannt. Erst in den letzten Jahren verbesserte sich diese Beziehung. Als Hafez al-Assad im Jahr 2000 verstarb, wurde sein Sohn Baschar al-Assad mit fast 100%-iger Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Er galt zunächst als liberaler Präsident, hatte in London studiert und heiratete eine sunnitische Syrerin. Unter ihm begann ab 2001 der sogenannte „Damaszener Frühling“, eine Mobilisierung der Zivilbevölkerung, Öffnungspolitik und Liberalisierung der Wirtschaft. Zu Beginn seiner Amtszeit gab es auch Freilassungen von Oppositionellen.

Zu politische Reformen kam es allerdings nur in geringem Ausmaß. Die Lage vieler sozialer Schichten verschlechterte sich in dieser Zeit durch die abnehmende Erdölförderung und eine Dürreperiode. Um die politische und soziale Stabilität zu sichern, hatte das Regime seit den 1970er

Jahren eine gewisse Balance zwischen den Interessen verschiedener Gruppen der Gesellschaft geschaffen. Es wurden religiöse, ethnische und soziale Aspekte berücksichtigt und für die Zwecke des Regimes benutzt. Die religiösen Gruppen waren relativ geschlossen, ethnische Hintergründe wurden tabuisiert. Dies wurde von Studentenbewegungen thematisiert und kritisiert. Bereits vor Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien gab es Unruhen, die ethnisch-religiös gefärbt waren. Dies sorgte für große Frustration bei den jungen Intellektuellen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und ein Mehrparteiensystem einsetzten. Aber auch islamistisch orientierte SunnitInnen hatten seit dem Massaker in Hama 1982 eine offene Rechnung mit dem Regime. Sie fühlten sich vom alawitsch dominierten Regime unterdrückt. Für sie ging es vor allem um grundsätzliche Glaubensfragen. Diese beiden Gruppen sind ausschlaggebend für die 2011 beginnenden Demonstrationen in Syrien (Arabischer Frühling). Bereits hier zeichnete sich die Gefahr eines ethnisch-religiösen Konflikts ab.

## AKTUELLE SITUATION DES LANDES

### ENTWICKLUNG DES KRIEGES

Im Zuge des „Arabischen Frühlings“ 2011 fanden wie in anderen Ländern des Nahen Ostens auch in Syrien zahlreiche Proteste gegen das Regime statt. Dass sich die dortigen Demonstrationen zu einem Bürgerkrieg entwickelten, wurde durch das radikale Einschreiten der syrischen Regierung beschleunigt.

Anfang Juli 2011 erließ das syrische Regime einen Schießbefehl gegen unbewaffnete DemonstrantInnen. Offiziere und Vorgesetzte versuchten die wehrpflichtigen Soldaten und Sicherheitskräfte zu überzeugen, dass sie gegen „Eindringlinge, Salafisten und Terroristen“ kämpfen. Viele waren überrascht, als sie statt Waffen und Gewalt auf Banner und Friedens-Gesänge trafen. Sie sahen die Rolle der Armee in der Verteidigung des Volkes, nicht der des Regimes. Einige Soldaten wechselten die Seite und liefen zu den DemonstrantInnen über. Andere verließen sofort das Land oder tauchten unter, denn wer sich dem Schießbefehl widersetzte, wurde in den meisten Fällen mit dem Tod bestraft.

Es dauerte nicht lange, bis das Regime zum Einsatz von Artillerie, Mörsern und zu Bombardements aus der Luft überging. Ziel war es, die Konsequenzen von Regime-Kritik für die zivile Bevölkerung sichtbar zu



machen, um sie einzuschüchtern und weitere Aufstände zu verhindern. Dies führte zu einer Ausweitung und Radikalisierung der Proteste.

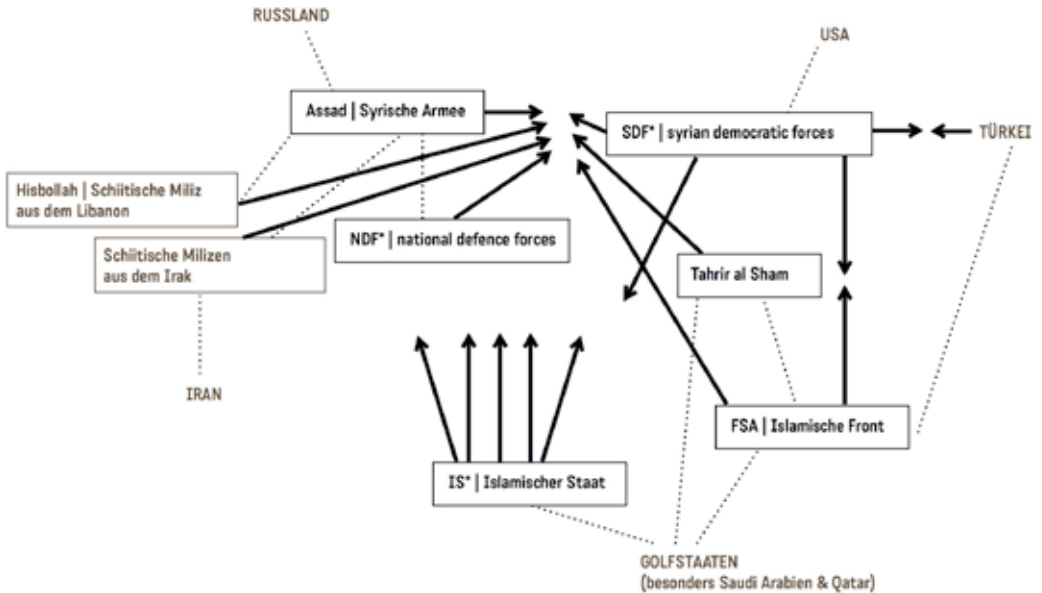
## ZENTRALE AKTEURE

Zu Beginn der Ausschreitungen entstand die „Freie Syrische Armee“ (FSA). Sie bestand anfangs hauptsächlich aus desertierten syrischen Soldaten. Mit der Zeit hat sich die Gruppe in viele verschiedene Untergruppen gespalten.

Ab 2013 wurde deutlich, dass die damalige FSA in neu entstandenen sunnitisch-extremistischen Verbänden aufgegangen ist. Sie bekämpften die übrigen liberalen Untergruppen und zeigten wenig Toleranz gegenüber Angehörigen religiöser Minderheiten (z.B. Drusen, syro-aramäische Gruppen, Kurden etc.), die sich gegen das Assad-Regime wandten. Die Lage dieser Menschen gilt als besonders schwierig. Sie müssen sich sowohl vor den Repressalien des Regimes fürchten, als auch vor den Anfeindungen jener MitbürgerInnen desselben Glaubens, die sich dem Regime gegenüber militärisch loyal verhalten. Die Betroffenen sind entweder in Syrien untergetaucht oder ins Ausland geflohen. Auch in Österreich machen sie einen großen Anteil der syrischen Flüchtlinge aus.

Das Mitmischen von außenpolitischen Parteien und Staaten wurde früh sichtbar und gewann an Relevanz. Jedes Land unterstützt jedoch unterschiedliche Teile der Opposition oder das Assad-Regimes. Dies führte zur weiteren Unüberschaubarkeit des Konfliktes. Ein Beispiel dafür ist der in Syrien (und im Jemen) stattfindende „Stellvertreterkrieg“ zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Saudi-Arabien fürchtet schon seit längerem, dass Teheran darauf abzielt, in der Golfregion und im Nahen Osten eine Vormachtstellung einzunehmen. Der Iran unterstützt den syrischen Präsidenten Assad mit Bodentruppen und Waffen, Saudi-Arabien bewaffnet und finanziert radikale Islamisten, die gegen das Assad-Regime kämpfen. ExpertInnen sprechen von einem „regionalen Kalten Krieg“ mit einem großen Eskalationspotential.

Es kristallisierte sich eine Vielzahl an Akteuren heraus, die aktuell maßgeblich am Geschehen in Syrien beteiligt sind:



\*Syrian Democratic Forces (SDF): 2015 entstandenes religions-übergreifendes Militärbündnis aus syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG/YPS), arabischen Rebellenmilizen und der syro-aramäischen Miliz (MFS).

Dieses Bündnis tritt für ein demokratisches und föderales Staatssystem ein und steht in einer kritischen Distanz zum Regime. Es ist aber auch mit manchen Rebellengruppen verfeindet, wie z.B. mit der Islamischen Front. Zudem gehören sie momentan zu den größten und gefährlichsten GegnerInnen des IS und anderer islamistischen Gruppen.

\*Islamischer Staat (IS): Die Entstehung des IS hängt eng mit dem Irakkrieg (der 2000er-Jahre) zusammen. Die syrische Regierung konnte 2006 einige im Irak aktive DschihadistInnen verhaften. Aus unbekanntem Gründen ließ das syrische Regime diese Häftlinge nach jahrelanger Folter 2011 wieder frei. Sie waren maßgeblich am Aufbau des IS-Netzwerkes in Syrien beteiligt. Innerhalb kurzer Zeit nahmen sie zentrale Gebiete ein und bekämpften erfolgreich konkurrierende

extremistische Gruppen. 2013 eroberte der IS die syrische Stadt Raqqa und erklärte sie zur Hauptstadt des IS. Spätestens ab dann bildete der IS die größte Dschihadisten-Gruppe im syrisch-irakischen Raum und wurde zu einer der einflussreichsten Akteure im Bürgerkrieg. Der IS handelt inzwischen als transnationale Organisation, da ihr internationales Netzwerk stark ausgeprägt ist. Er finanziert sich durch ausländische Gelder (insbesondere aus den Golfstaaten) und zeichnet sich durch die Rekrutierung von internationalen KämpferInnen, Erpressung, Schmuggel, Erdölhandel und massiver Gewalt aus. Seine Taktik ist extrem radikal und hat eine Vielzahl an Opfern gefordert.

\*National Defence Forces (NDF): Mit Beginn der Proteste begann die syrische Regierung Waffen, Autos und Sicherheitsbescheinigungen an regimetreue Gruppen zu verteilen. Dazu gehören religiöse Minderheiten, gewisse sunnitisch arabische Stämme, Familien, die der Armee nahestehen, Angehörige der Baath-Partei oder auch vom Geheimdienst unterstützte kriminelle Gruppen. Vor allem für ethnisch religiöse Minderheiten stellt(e) dies die einzige Möglichkeit dar, sich selbst zu verteidigen. Die NDF arbeitet eng mit der syrischen Armee und den Geheimdiensten zusammen, die jedoch keine unmittelbare Befehlskraft haben. Auch wenn die Milizen unter dem Schirm der NDF zusammengefasst werden, sind die Verbindungen und die Kooperation mit der syrischen Armee von Miliz zu Miliz verschieden geregelt. Mittlerweile haben sie ihre eigenen Verwaltungsgebäude und Ausbildungszentren. Waffen und Löhne kommen direkt aus Damaskus (vom Assad-Regime).

## STATUS QUO

Im Rahmen der kriegerischen Auseinandersetzungen hat die Verknüpfung von ethnisch-religiöser Identität mit geografischen Territorien stark zugenommen. Die Frage nach dem Herkunftsort wird immer zentraler, da dieser sofort auf die ethnisch-religiöse Zugehörigkeit schließen lässt. Spezielle Dialekte oder regionales Faktenwissen, durch das man identifiziert werden kann, entscheiden im Extremfall über Leben und Tod.

Trotz zahlreicher Friedensverhandlungen konnte bis jetzt keine gemeinsame Lösung zur Beendigung des Krieges gefunden werden. Die Zahl der Opfer und der Vertriebenen steigt weiter und sorgt für



*Bücherei, College in Kobani/ Syrien © Stefan Mako*

humanitäre Katastrophen. Laut dem syrischen Zentrum für politische Forschung (SCPR) sind mittlerweile mehr als 470.000 Menschen in dem seit sechs Jahren andauernden Bürgerkrieg getötet worden. Bereits 1,9 Millionen Menschen wurden während des Krieges verwundet. Die durchschnittliche Lebenserwartung hat 2010 noch bei 70 Jahren gelegen, 2015 ist sie auf 55 Jahre gesunken.

Die Lösungsansätze sind vielseitig. Sie reichen vom Auslöschen des IS, von einem Regime-Wechsel in Damaskus bis hin zur Aufteilung des Landes in selbstverwaltete Siedlungsgebiete. Die große Anzahl an involvierten Akteuren erschwert eine Prognose von zukünftigen Entwicklungen. Der Status Quo ändert sich in raschem Tempo, was die Lage zunehmend unüberschaubar macht.

## INTERNE UND EXTERNE FLÜCHTLINGSITUATION

Die Repression des Assad-Regimes trieb bereits in der Vergangenheit RegimekritikerInnen und Intellektuelle ins Ausland, insbesondere nach Schweden. Diese Zahlen stehen jedoch in keinem Vergleich zur Fluchtbewegung, die in Folge des syrischen Bürgerkrieges entstanden ist. Ungefähr 45% der Gesamtbevölkerung wurden aufgrund des Krieges vertrieben (Stand Jänner 2016). Bis dato haben mehr als 4 Millionen Menschen ihr zu Hause verlassen und außerhalb des Landes Zuflucht gesucht, das sind sogenannte „externe Flüchtlinge“. Weitere 7,6 Millionen Menschen, das heißt die Mehrheit der Vertriebenen, sind innerhalb des Landes auf der Suche nach Schutz und Sicherheit. Diese Gruppe wird in den Medien oft als „Binnenflüchtlinge“ oder „intern vertriebene Menschen“ bezeichnet. Der Großteil der externen syrischen Flüchtlinge befindet sich derzeit in Flüchtlingscamps in den Nachbarländern. Das Leben dort ist meist mit einem zeitlich begrenzten Schutzstatus und geringen Integrationsmöglichkeiten verbunden. So leben im Irak etwa

233.000 vom UNHCR registrierte syrische Flüchtlinge, in Jordanien etwa 657.000 schutzsuchende SyrerInnen und im Libanon bereits mehr als 1 Million. Die größte Anzahl an Flüchtlingen befindet sich mit fast 3 Millionen momentan in der Türkei. Die Lebensumstände in den Camps sind in der Regel menschenunwürdig. Der dortige Aufenthalt stellte ursprünglich eine Notlösung dar. Die Zustände vor Ort sind in den meisten Fällen ungeeignet für einen längeren Aufenthalt, geschweige denn für einen angemessenen Alltag. Hinzu kommt, dass die Kapazitäten oft nicht mehr ausreichen und in den Flüchtlingslagern schlichtweg kein Platz für weitere Menschen ist.

Dennoch ist der Anteil an Personen, die die Camps verlassen und in Europa um Asyl ansuchen wollen, vergleichsweise gering. Die Mehrheit besitzt dafür keine finanziellen Mittel oder ist dazu körperlich nicht in der Lage. Die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr aus den Camps ins Herkunftsland sinkt jedoch von Jahr zu Jahr.

Zwischen April 2011 und Oktober 2016 zählte der UNHCR 884.461 syrische Asylanträge in Europa. Die Bevölkerungszahl in Europa (743,1 Mio.) ist 127-mal so groß wie die des Libanons (5,9 Mio.), in dem sich momentan um die 1,4 Millionen (mit steigender Tendenz) vertriebene SyrerInnen aufhalten. In Europa befindet sich also ungefähr ein syrischer Flüchtling pro 1000 EinwohnerInnen, während sich im Libanon rund 166 syrische Flüchtlinge pro 1000 EinwohnerInnen aufhalten. Vor diesem Hintergrund ist die Anzahl der syrischen Schutzsuchenden in Europa sehr gering.

Die Anerkennungsquote als „Genfer Konventionsflüchtling“ (GFK) ist für syrische Schutzsuchende in Europa vergleichsweise zu Schutzsuchenden aus anderen Ländern hoch. Die Reise nach Europa ist jedoch gefährlich und mit hohen Kosten verbunden.

In Österreich stehen die Herkunftsländer Syrien und Afghanistan an der Spitze der Asylantrags-Statistik. Insgesamt wurden im Jahr 2015 rund 95.000 Asylanträge in Österreich gestellt, davon 24.547 von SyrerInnen. 2016 gab es nur noch 8.845 syrische Asylanträge in Österreich. Im Gegensatz zu Afghanistan und sämtlichen anderen Herkunftsländern, liegt die Anerkennungsquote der syrischen Schutzsuchenden in Österreich mit 95% deutlich über dem Durchschnitt.

## ExpertInnen sind sich einig, dass...

- mit dem Fortdauern des Krieges in Syrien (und den Konsequenzen im Landesinneren), ohne baldige Aussicht auf ein Ende...
- mit den geringen Integrations- und Erwerbschancen in den Nachbarländern...
- mit der unzumutbaren Versorgungssituation in den Flüchtlingslagern...

...die syrische Bevölkerung weiterhin die Flüchtlingslager verlassen werden und den gefährlichen Weg nach Europa auf sich nehmen werden.

### Filmdokumentationen

Homs – ein zerstörter Traum:  
White Helmets – Netflix Dokumentation.  
Asma al Assad. Das schöne Gesicht der Diktatur.

### Literatur

Schami, Rafik 2015: Damaskus im Herzen und Deutschland im Blick. München: dtv Verlagsgesellschaft  
Schmidinger, Thomas 2014: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan Analysen und Stimmen aus Rojava. Wien: Mandelbaum Verlag  
Yazbek, Samar 2013: Schrei nach Freiheit.  
Bericht aus dem Inneren der syrischen Revolution. München: dtv Verlagsgesellschaft

### Internet

Zeitliche Übersicht der Ereignisse:  
[www.sueddeutsche.de/politik/chronologie-der-syrische-buergerkrieg-im-ueberblick](http://www.sueddeutsche.de/politik/chronologie-der-syrische-buergerkrieg-im-ueberblick)  
Syria Regional Refugee Response: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>  
Landkarte – Syrischer Bürgerkrieg:  
[https://en.wikipedia.org/wiki/Template:Syrian\\_Civil\\_War\\_detailed\\_map](https://en.wikipedia.org/wiki/Template:Syrian_Civil_War_detailed_map)  
Landesinformationen: <http://www.laender-lexikon.de/Syrien>  
Landesinformationen: <http://www.bpb.de/apuz/155124/gesellschaftliche-und-soziooekonomische-entwicklung-syriens?p=all>

*E-Mail: [mehralflucht.ksa@univie.ac.at](mailto:mehralflucht.ksa@univie.ac.at)  
Homepage: [www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at](http://www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at)*



# SOMALIA



# SOMALIA

## GEOGRAFIE UND WIRTSCHAFT

Somalia, mit der Hauptstadt Mogadischu, ist das östlichste Land Afrikas und hat die Form einer Sieben. Es grenzt an die Länder Dschibuti, Äthiopien und Kenia sowie an den Indischen Ozean und den Golf von Aden. Die Fläche beträgt 637.657 km<sup>2</sup>, das ist ungefähr achtmal so groß wie Österreich. Dennoch gibt es keine einheitliche Vorstellung darüber, was Teil Somalias ist bzw. wo dessen Grenzen liegen. Vielmehr wird von drei Teilregionen ausgegangen: „Süd- und Zentralsomalia“, „Puntland“ sowie „Somaliland“. Diese Gebiete spiegeln die koloniale Aufteilung wider. Süd- und Zentralsomalia sowie Puntland befanden sich in „Italienisch-Somaliland“. Die Region Somaliland hingegen entsprach „Britisch-Somaliland“. Neben Mogadischu zählen Kismayo, Bosaso und Hargeisa zu den größeren Städten. Somalia ist eine der heißesten Regionen der Welt. Die durchschnittlichen



Landkarte Somalia © CIA World Factbook

**Bananen am Markt, Mogadischu,** © Tobin Jones



Temperaturen liegen zwischen 24 und 31 Grad. Es kommt oft zu Dürre, unregelmäßigen Regenfällen und Überschwemmungen. Das Land wird in drei unterschiedliche Klimazonen eingeteilt. Das nordwestliche Gebiet ist bergig und regenreich. Der Großteil der Fläche im Zentrum ist sehr trocken und mit Wüste bedeckt. Der Süden hingegen ist fruchtbar, weil dort die beiden Flüsse Jubba und Shebeli fließen. Außerdem besitzt Somalia mit über 3.000 km die längste Küste Afrikas. Fischfang sowie Landwirtschaft gelten als wichtige Wirtschaftszweige. Für den Eigenbedarf werden beispielsweise Mais, Hirse und Zucker produziert. Wichtige Exportgüter sind zudem Weidetiere, Bananen und Holzkohle.

## GESELLSCHAFT UND BILDUNG

Schätzungen zufolge gibt es in Somalia zwischen 8 und 10 Millionen EinwohnerInnen. Alle fühlen sich dem sunnitischen Islam zugehörig. Ungefähr 85% gehören zur sprachlich und religiös „einheitlichen“ Gruppe der Somali, die in Clans organisiert sind. Die restlichen 15% bestehen aus unterschiedlichen Minderheiten, unter anderem den Bantu. Zusammenfassend sind 60% der SomalierInnen NomadInnen. Weitere 20% betreiben Landwirtschaft und die restlichen 20% leben in Städten.

Es gibt zwei offizielle Sprachen: Somali und Arabisch. Somali, das eine Mischung aus Arabisch, Englisch und Italienisch ist, wurde 1972 zur Amtssprache erhoben und gewann dadurch an Bedeutung. Zuvor hatte Arabisch größeren Einfluss. Obwohl Somali seit Beginn der 1970er Jahre Unterrichtssprache war, ging es durch Krieg und Zerstörung der Bildungsinfrastruktur ab 1991 zugrunde. Daher sind heute je nach Region Arabisch oder Englisch Unterrichtssprachen. So wird in privaten Schulen Englisch und in religiösen Schulen Arabisch verwendet. In letzteren werden die arabische Schrift und der Koran gelehrt. Als Konsequenz daraus wird Bildung in Somalia nicht staatlich organisiert. Deswegen werden viele Kinder innerhalb ihrer Familie alphabetisiert. Schätzungen zufolge besuchen 7% der Mädchen und 13% der Buben die Schule. Hierdurch ergibt sich ein Bildungsunterschied zwischen Frauen und Männern.

## CLANSYSTEM

Für gesellschaftliche Entwicklungen Somalias war das Clansystem seit jeher prägend. Bei einem Clan handelt es sich um eine größere Gruppe von

Menschen, die durch Verwandtschaft miteinander verbunden ist. Heute gibt es ein patrilineares Verwandtschaftssystem. Das heißt, dass Abstammung und Zugehörigkeit zum Clan über die väterliche Linie definiert werden. Dies war jedoch nicht immer so. Früher war die Clanzugehörigkeit matrilinear, also über die mütterliche Linie, organisiert. Unabhängig vom Geschlecht erhalten Personen bei ihrer Geburt drei Namen: einen eigenen, den des Vaters und den des Großvaters. Es gibt keine Familiennamen wie in Europa. Heiratet eine Frau, behält sie den Namen ihres Vaters sowie ihres Großvaters und bleibt Teil des väterlichen Clans. Heiratsbeziehungen sind meist vorherbestimmt. Durch das patrilineare Verwandtschaftssystem können sich Frauen ihre Männer nicht aussuchen, umgekehrt allerdings schon. Es gibt fünf Hauptclans, die in zwei Gruppen unterteilt sind. Die ersten vier Clans sind Darod, Dir, Hawiye und Isaaq. Sie leben nomadisch, haben einen höher gestellten Status und gehören zur Samaal-Gruppe. Diese haben regional spezifische Wasser- und Weiderechte. Der fünfte Clan, Rahanweyn, bildet die Saab-Gruppe und wird zusammen mit anderen Minderheiten von den ersten vier Clans benachteiligt. Die Rahanweyn sind sesshaft, leben von Landwirtschaft und dem Handel mit nomadischen Clans. In Dürreperioden kann es jedoch zu Streit um Wasser und Land zwischen ihnen und der Samaal-Gruppe kommen. Die einzelnen Clans teilen sich weiter in Untergruppen, Abstammungsgruppen und Mag (Blutschuld) zahlende Gruppen. Das Rechtssystem setzt sich aus dem dem Xeer, dem Gewohnheitsrecht und der Scharia, dem islamischen Recht, zusammen. Historisch gesehen waren die Clanstrukturen ein weitgehend funktionierendes Gesellschaftssystem, das ohne zentrale Macht auskam. Koloniale Grenzziehungen Ende des 19. Jahrhunderts, die Diktatur von Mohammed Siad Barre (1969-1991) und der daraus folgende Krieg haben diese Strukturen jedoch nachhaltig verändert. Obwohl das Clansystem lange Zeit gesellschaftsprägend war, ergaben sich innerhalb und vor allem zwischen den Clans zahlreiche Konflikte, die viele Opfer forderten. Generell spielt die Zugehörigkeit zu einzelnen Clans eine wichtige Rolle in der Gesellschaft Somalias. Auch wenn das Clansystem heute durchlässiger ist, prägt es gesellschaftliche Strukturen nach wie vor. Dies zeigt sich beispielsweise an der gesellschaftlichen und räumlichen Aufteilung von Clans innerhalb sowie außerhalb Somalias.

## FRAUEN

Somalia zählt weltweit zu den Ländern, in denen die Situation für Frauen besonders problematisch ist. Etwa 98% werden zwischen dem 4. und 11. Lebensjahr beschnitten. Dies geschieht meist unter unhygienischen Bedingungen, was zu Entzündungen und sogar bis zum Tod führen kann. Spätfolgen des Eingriffs sind unter anderem erschwerte Bedingungen bei der Geburt und eine hohe Müttersterblichkeitsrate. Auch sexualisierter Gewalt fallen vor allem Frauen zum Opfer. Rechtliche Bestrafungen bleiben meist aus, da dies ein Tabuthema ist und kaum diskutiert wird. Etwa die Hälfte der Frauen wird vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet. Die Zahl der minderjährig verheirateten Mädchen stieg ab 1991, dem Beginn des Krieges, durch die Befürwortung der Kinderehe seitens der gewaltbereiten Miliz Al Shabaab weiter an. Unter ihr verschlechterte sich die Situation für Frauen zusehends. Es kam zu strengeren Bekleidungs Vorschriften und regulierten Begrüßungsformen. So durften sich Frauen und nicht verwandte Männer nicht mehr die Hände schütteln, und Frauen nur noch in Begleitung männlicher Familienangehöriger im öffentlichen Raum bewegen. Während des Krieges unterstützten Frauen ihre eigenen Clans. Weil viele Männer im Laufe der Kämpfe starben, mussten sie die Versorgung der Familie übernehmen. Frauen sind in Somalia außerdem für den Handel zuständig. Durch den Krieg verstärkte sich diese Rolle. Dadurch wurden sie unabhängiger und halfen, Städte wieder aufzubauen. Die Teilhabe an politischen Entscheidungen blieb Frauen jedoch weitgehend verwehrt. Erst 2012 konnten sie Ämter im Parlament ausüben. Im selben Jahr wurde Fawzia Yusuf Adam erste Außenministerin. 2017 trat Fadumo Qasim Dayib als erste Kandidatin bei den Wahlen an.

## GESCHICHTE

### FRÜHGESCHICHTE UND VORKOLONIALE ZEIT

Die Frühgeschichte lässt sich anhand von mündlichen Überlieferungen und archäologischen Funden nachvollziehen. Im Norden Somalias wurden Jahrtausende alte Höhlenmalereien entdeckt. Wie Reiseberichte belegen, wurde bereits vor mehr als 2.000 Jahren Handel betrieben. Die Lage am Roten Meer trug dabei maßgeblich zur Entwicklung von Hafenstädten bei. So kamen SomalierInnen mit Menschen aus unterschiedlichsten Ländern

in Kontakt. Besonders groß waren der persische und der arabische Einfluss. Zwischen dem 7. und 13. Jahrhundert dehnte sich der sunnitische Islam aus. Die Handhabe der Religion wurde dabei an die Lebensumstände angepasst. Viele Frauen trugen beispielsweise kein Kopftuch. Zwischen dem 13. und 19. Jahrhundert entstanden unterschiedliche islamische Einflussgebiete, sogenannte Sultanate.

## KOLONIALZEIT

Mit dem Bau des Suezkanals wurde ein direkter Seeweg zwischen dem Indischen Ozean und dem Mittelmeer geschaffen. Mit dessen Fertigstellung 1869 wurde die Küstenregion Somalias für europäische Kolonialmächte strategisch interessant. Daher wurde dieses Gebiet in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von vier Ländern kolonisiert: Großbritannien, Frankreich, Italien sowie Äthiopien. Letzteres spielte dabei eine besondere Rolle. Bereits in vorkolonialer Zeit gab es Konflikte zwischen Somalia und dem angrenzenden Land. Diese verschlimmerten sich während des Kolonialismus und sind nach wie vor ungelöst, was sich vor allem an der teilweise umstrittenen Grenze bemerkbar macht.

Großbritannien nutzte den Tierbestand Somalias zur Fleischproduktion für das eigene Militär. Dieses war in der Kolonie „Aden“, im heutigen Jemen, stationiert. Zur Landaneignung wurden Schutzverträge mit Clans im Norden abgeschlossen. So entstand 1884 „Britisch-Somaliland“. Frankreich kolonisierte Dschibuti vor allem aus wirtschaftlichem und strategischem Interesse. Dieses Gebiet hieß „Französisch-Somaliland“. Ziel war, die Kolonie „Französisch-Indochina“, im heutigen Südostasien gelegen, über den Seeweg zu erreichen. Außerdem baute Frankreich eine Bahnstrecke nach Äthiopien, um mit Kaffee zu handeln. Italien führte ein weitaus strengeres koloniales Regime ein. Ab 1889 wurden mehrere Schutzverträge mit Clans abgeschlossen und Küstenstädte aufgekauft. So entstand „Italienisch-Somaliland“. Ziel war die hohe Bevölkerungsdichte Italiens durch Ansiedlung in Somalia zu verringern. Damit sollte die Auswanderung von ItalienerInnen in die USA verhindert werden. Da die Grenzziehung zwischen „Italienisch-Somaliland“ und Äthiopien nie schriftlich festgehalten wurde, kam es schließlich zu Konflikten. 1935 griff Italien Äthiopien an und verkündete kurz darauf die Eroberung der neuen Gebiete.

Die größere Kolonie, die neben „Italienisch-Somaliland“ Teile Äthiopiens



umfasste, hieß „Italienisch-Ostafrika“. Das faschistische Italien betrieb eine strikte Kolonialpolitik und zwang vor allem Bantu zur Plantagenarbeit. Somali hingegen dienten vor allem im Heer. 1941 marschierte schließlich Großbritannien in „Italienisch-Ostafrika“ ein und verwaltete es bis 1950. Infolge blieb die Region bis 1960 italienisches UN-Treuhandgebiet. Zusammenfassend hatten die Kolonialregime unterschiedliche Auswirkungen auf die Sozialstrukturen Somalias. Außerdem übten die EinwohnerInnen während des gesamten Kolonialismus Widerstand aus. Dieser wurde jedoch unterdrückt.

## UNABHÄNGIGKEIT

1960 erhielten die Kolonien „Britisch-Somaliland“ und „Italienisch-Somaliland“ im Abstand weniger Tage ihre Unabhängigkeit. Unter dem Namen „Somalia“ wurden sie zu einem demokratischen Staat vereint. Trotzdem konnte keine Einheit der zwei sehr unterschiedlich geprägten Gebiete erreicht werden. Noch im selben Jahr, 1960, kam es zu einer Regierungsbildung, im Zuge derer Aadan Abdule Osmaan zum ersten Präsidenten ernannt wurde. 1964 gewann er die Wiederwahl und blieb bis 1967 an der Macht. Bei den Neuwahlen zeigte sich die Unzufriedenheit der unterschiedlichen Clans jedoch deutlich. Als Konsequenz daraus traten über 60 Parteien an. Abdirashid Ali Shermarke ging als Nachfolger hervor, blieb aber nur zwei Jahre im Amt bis er ermordet wurde.

## MILITÄRDIKTATUR

Wenige Tage nach dem Tod von Abdirashid Ali Shermake fand ein Putsch statt. Am 21. Oktober 1969 wurde im Radio verkündet, dass Militär und Polizei gemeinsam die Macht ergriffen hatten. Im Zuge dessen wurde ein Oberster Revolutionsrat gegründet. Mohammed Siad Barre wurde zum Vorsitzenden dieses Rates sowie zum Staatsoberhaupt ernannt, was er bis 1991 blieb. Das Militärregime setzte sich für die Abschaffung der Clanstrukturen ein, um eine gemeinsame Identität zu etablieren. Begrüßungsformen und Provinznamen, die einen direkten Bezug zum Clansystem hatten, wurden umbenannt.

Das weitere politische Programm sah eine Verstaatlichung des Bodens vor. Dies hatte fatale Folgen für Familien, die von der Landwirtschaft lebten. Um Ackerbau betreiben zu können, musste fortan eine Anmeldegebühr

bezahlt werden. Jene, die sich dies nicht leisten konnten, verloren jeglichen Landbesitz. Die wirtschaftliche Lage verschlimmerte sich 1977, als das Regime ein von SomalierInnen besiedeltes Gebiet in Äthiopien, Ogaden, angriff. Die Truppen nahmen das Gebiet zu 90% ein, wurden jedoch kurze Zeit



**Menschen im Lager Dadaab, Kenia** © Oxfam

später zurückgeschlagen. Diese Niederlage löste eine Krise aus. Wichtige Wanderrouten konnten nicht mehr von nomadischen Clans genutzt werden. So verloren tausende SomalierInnen ihre Lebensgrundlage. Trotz der jahrelangen Bemühungen das Clansystem zu beseitigen, bestand dessen Struktur weiter. Mohammed Siad Barre spielte unterschiedliche Clans zum eigenen Vorteil gegeneinander aus und verschlimmerte so die Konflikte. Wegen der andauernden gewaltsamen Unterdrückung kam es Ende der 1980er Jahre zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Diese fanden 1991 ihren Höhepunkt im Sturz des Diktators. Nach zwei Wochen flohen Mohammed Siad Barre und seine AnhängerInnen aus Mogadischu. Im weiteren Verlauf erklärte sich der Norden zu zwei unabhängigen, international nicht anerkannten Staaten: „Somaliland“ und „Puntland“. Im Süden brach ein Krieg aus.

## AKTUELLE SITUATION

Die Zeit nach 1991 war gezeichnet von Chaos. Nach dem Wechsel des diktatorischen Regimes kam es in „Süd- und Zentralsomalia“ zu großen Spannungen. Die unterschiedlichen Clans konnten sich auf keine neue Staatsmacht einigen und begannen sich gegenseitig zu bekämpfen. Im Laufe der Kämpfe wurde 1993 die gesamte Ernte im Süden Somalias zerstört. Außerdem brach die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten zusammen. Rund 300.000 Menschen fielen Hungersnot und Gefechten zum Opfer. Hunderttausende wurden aus der Region vertrieben. Was nach Kolonialzeit und Diktatur vom Clansystem übrig geblieben war, wurde größtenteils während des Krieges zerstört. Solidarität und Zusammenhalt durch den eigenen Clan waren vielfach nicht mehr gegeben. Mit dem Ende des Regimes



**Polizistinnen** © AMISOM

kam es zur gewaltsamen Umverteilung des zuvor verstaatlichten Bodens. Vor allem in den fruchtbaren Gebieten im Süden wurde um

lebensnotwendige Ressourcen wie Wasser und Land gekämpft.

Innerhalb der nächsten zehn Jahre wurden 17 Friedensverhandlungen geführt, die jedoch alle ohne Erfolg blieben. Grund dafür waren falsche Annahmen internationaler Parteien über die Gesellschaft Somalias sowie unzureichende Strategien zur Lösung des Konflikts. 1992 kam es zur Operation „Neue Hoffnung“, einem weiteren Versuch der Friedenssicherung. Unter anderem wurde Militär aus Deutschland, Pakistan und den USA stationiert. Dabei kam es zu Menschenrechtsverletzungen an SomalierInnen. Somit scheiterte das Vorhaben und endete mit Verlusten auf beiden Seiten. Bis 1995 zogen alle Truppen ab. Danach gab es kaum internationale Friedenseinsätze in Somalia. In weiterer Folge kam es zum Machtwechsel zwischen Übergangsregierungen und verschiedenen rebellischen Kräften. Zu den wichtigsten zählen Warlords, Piraterie betreibende Gruppen, die Union islamischer Gerichte und die daraus entstandene Miliz Al Shabaab.

## WARLORDS

Warlords treten vor allem in Kriegssituationen auf, wenn der Staat nur noch begrenzt Kontrolle ausüben kann. Diese können allerdings nur ein gewisses Territorium für sich beanspruchen. Dabei werden sie von loyalen, bewaffneten Einheiten unterstützt. Ihr Interesse besteht darin, kämpferische Handlungen aufrecht zu erhalten, um höhere soziale und politische Positionen zu erreichen. Zur Unterstützung mobilisieren sie Personen aus dem jeweils eigenen Clan. Um sich wirtschaftlich zu bereichern, werden beispielsweise Straßensperren errichtet, Wegzölle eingefordert oder Häuser geplündert. Außerdem gab es neben Warlords etliche andere Milizen, die vom Krieg profitierten. Bekannte somalische Warlords waren unter anderem Mohammed Farah Aidid oder Ali Mahdi Mohammed.

## PIRATERIE

Wie die Warlords hatte die Piraterie ihren Ursprung im Chaos, das die Diktatur hinterlassen hatte. Wegen fehlender staatlicher Überwachung begannen

internationale Unternehmen somalische Gewässer leer zu fischen und Giftmüll abzulagern. Aus Abwehr dagegen entstand die Piraterie. Da sie sich als gewinnbringendes Geschäft herausstellte, wurden infolge Frachtschiffe angegriffen. Dies erschwerte die Zufuhr lebensnotwendiger Güter und hatte negative Auswirkungen auf das Leisten humanitärer Hilfe. Die Piraterie trug zur weiteren Destabilisierung des Landes bei und festigte die Einflussgebiete von Warlords. Da entlang der Küste Somalias wichtige Seehandelsrouten verlaufen, wurden Konzerne auf die Entwicklung aufmerksam. Um Firmeninteressen zu schützen, kam es zu militärischen Einsätzen und einer Überwachung des Meeres. So wurde die Piraterie schließlich eingedämmt.

## UNION ISLAMISCHER GERICHTE

Ab 1995 entstanden in Mogadischu verschiedene unabhängige islamische Gerichte. Ihr Ziel bestand darin, wieder Ordnung herzustellen. Im Jahr 2000 hatten sich elf dieser Gerichte zu einer Union vereint, wobei sich diese in ihrer Auslegung der Scharia wesentlich unterschieden. Während sich einige Flügel der Übergangsregierung zuwandten, schlossen sich andere Kräfte später der Miliz Al Shabaab an. Einerseits war die Union aufgrund der Räumung von Straßensperren sowie der Errichtung von Schulen, Krankenhäusern und einer Müllabfuhr beliebt. Andererseits wurden Schließungen von Kinos oder das Verbot von Frauenarbeit kritisiert. Außerdem wurde der Konsum von Khat, einer aus Pflanzen gewonnenen Droge, untersagt.

Die USA interpretierten die Maßnahmen der Union als islamische Revolution. Um diese zu bekämpfen, verbündeten sie sich mit unterschiedlichen Milizen und Warlords. Die Union behielt in den Kämpfen jedoch die Oberhand und setzte sich 2006 durch. Unter der Führung von Hassan Dahir Aweys konnte Mogadischu das erste Mal seit 16 Jahren wieder vereint werden. Während der sechs Monate, in denen die Union an der Macht war, fanden einige der Clans wieder zusammen.



**Gemüsemarkt in Hargeisa, Somaliland**

© Gerald Hainzl

Außerdem ging die Piraterie zurück. Ende 2006 wurde die Union schließlich von der Übergangsregierung und Äthiopien entmachteter.

## AL SHABAAB

Al Shabaab ist eine militante Jugendorganisation, die zur Union islamischer Gerichte gehörte, und sich mit ihrem Sturz im Jahr 2006 von ihr abgespaltete. Sie ist hauptsächlich in „Süd- und Zentralsomalia“ sowie in den Grenzregionen zu Äthiopien und Kenia aktiv. Außerdem ist sie international vernetzt und steht in Verbindung mit radikalen Gruppen wie Al Qaida. In der Zwischenzeit

### Handyshop im Lager Dadaab, Kenia

© Oxfam



gilt Al Shabaab als die bestorganisierte und bestfinanzierte Miliz Somalias. Ihr Ziel ist es, einen islamischen Staat in der Region zu errichten. Daher macht Al Shabaab alle Bemühungen eine Demokratie einzuführen zunichte. In punkto Organisationsstruktur lässt sich Folgendes sagen: Es gibt sowohl mehrere interne Gruppen als auch externe Kräfte, die Einfluss auf die Miliz haben.

Viele der Mitglieder sind Jugendliche, die im Krieg aufwuchsen und keine reguläre Schulbildung erhielten. Diese wurden entweder verschleppt oder schlossen sich aufgrund mangelnder Perspektiven an. Der Einfluss von Al Shabaab lässt sich auf die teilweise Übernahme staatlicher Funktionen zurückführen. So sind viele Schulen sowie das Gesundheitssystem in den Händen der Miliz. Al Shabaab kontrollierte

einige Jahre lang große Gebiete in „Süd- und Zentralsomalia“, und lieferte sich Kämpfe mit Truppen unterschiedlicher Übergangsregierungen sowie internationalem Militär. 2011 wurde die Miliz aus Mogadischu zurückgedrängt und verlor viele ihrer Einflussgebiete. Dennoch ist Al Shabaab nach wie vor gewalttätig und verübt derzeit vor allem Anschläge in „Süd- und Zentralsomalia“.

## WAHLEN UND HUNGERSNOT

Seit dem Jahr 2000 wurden etliche Übergangsregierungen geschaffen. Diese wollten demokratische Strukturen nach Somalia bringen, um den Krieg zu beenden. Die Übergangsregierungen galten jedoch oft als korrupt und konnten durch Unstimmigkeiten zwischen den Clans keine Mehrheit erreichen. Erst Anfang 2017 fanden zum ersten Mal seit 50 Jahren wieder Wahlen statt. Aus diesen ging Mohamed Abdullahi Mohamed als Sieger hervor. Er ist sowohl somalischer als auch US-amerikanischer Staatsbürger und war bereits zuvor als Politiker



**in einer Unterkunft in Wien**, © Ruth Siebenaller

in Somalia tätig. Das Parlament setzt sich zudem aus RückkehrerInnen aus der Schweiz, Schweden und den USA zusammen. Dies zeigt, dass Personen, die weltweit verstreut sind und nach Somalia zurückkehren, großen Einfluss auf das Land haben. Ziel der neuen Regierung ist es, gegen Al Shabaab vorzugehen und die aktuelle Hungerkrise zu bekämpfen. Diese ergibt sich vor allem aus drei Ursachen: Dürre, erschwertem Zugang durch bewaffnete Gruppen und fehlenden staatlichen Infrastrukturen. So musste im Februar 2017 ein landesweiter Notstand ausgerufen werden.

## SITUATION VON GEFLÜCHTETEN

Eine Person zählt nur dann als geflüchtet, wenn sie eine Staatsgrenze überschreitet. Verbleiben Menschen innerhalb ihres Landes, wird von Binnenvertriebenen gesprochen. Diese haben einen schlechteren Status, weniger Rechte, und sind jenen, die in andere Länder flüchten, zahlenmäßig um ein Vielfaches überlegen. Weltweit sind rund 65 Millionen Personen auf der Flucht. Davon sind 20 Millionen geflüchtet und 45 Millionen im eigenen Land vertrieben. In Bezug auf Somalia gibt es Geflüchtete in angrenzenden Ländern und Binnenvertriebene innerhalb des Landes. Zudem flüchten SomalierInnen in andere Kontinente und sind somit weltweit verstreut. Individuelle Fluchterfahrungen und Lebensperspektiven unterscheiden sich je nach Staat, Region oder Kontinent stark. Wenn sich angrenzende Länder



wie Kenia zu Rückführungen entscheiden, ergeben sich weitere Kategorien: Jene, die abgeschoben werden und jene, die zurückkehren, wobei die Grenzen zwischen Zwang und Freiwilligkeit ineinander überlaufen.

## SITUATION IN DER REGION

Die meisten SomalierInnen befinden sich in der umliegenden Region. Von rund 880.000 registrierten Geflüchteten entfallen die meisten auf nur drei Länder: Jemen, Äthiopien sowie Kenia. Diese Daten stellen jedoch nur Annäherungswerte dar. Nicht alle Personen lassen sich registrieren bzw. leben in Auffang- oder Transitlagern. SomalierInnen befinden sich außerdem in Ägypten, Eritrea, Dschibuti, Uganda, Tansania und Südafrika. Zudem kommt ein Bruchteil durch Umsiedlung nach Kanada oder in die USA. Andere hingegen machen sich auf den Weg nach Europa. Die Zahlen für 2015 im Überblick: Im weltweiten Vergleich lag Somalia mit rund 1,1 Millionen Geflüchteten an dritter Stelle. Davon konnten nur 8.500 Menschen per Umsiedlung auf andere Kontinente umziehen. Im selben Zeitraum kehrten in etwa 32.000 Personen „freiwillig“ zurück. Des Weiteren gab es ungefähr 1,1 Millionen Binnenvertriebene innerhalb Somalias.

## LAGER IN DER REGION

Durchschnittlich verbringen Geflüchtete 17 Jahre in Aufnahmelagern. Dadaab ist das weltweit größte Lager dieser Art. Es liegt im Osten Kenias, unweit der südlichen Grenze Somalias. Momentan befinden sich rund 250.000 Personen dort. 95% aller Menschen in Dadaab sind SomalierInnen. Das riesige Lager teilt sich insgesamt in fünf, teils ältere, teils neuere, Camps. Die älteren, die seit 1991 bestehen, erinnern stark an Städte. Es gibt Geschäfte und Einkaufsstraßen. Die BewohnerInnen, die seit damals dort leben, haben bereits Kinder und EnkelInnen. Die neueren, die es seit 2011 gibt, weisen andere Strukturen auf und werden fast ausschließlich von ehemaligen NomadInnen bewohnt. Während der Hungersnot 2011 wohnten doppelt so viele Menschen, nämlich über 500.000, in Dadaab. Damals waren rund drei Millionen Personen in Somalia ohne Wasser und Nahrung. Dennoch ist das Lager wegen Sicherheitsbedenken der kenianischen Behörden nach wie vor von Schließung bedroht.

## SOMALIERINNEN WELTWEIT

Global gesehen leben die meisten Personen aus Somalia innerhalb des afrikanischen Kontinents, wobei angrenzende Länder eine größere Rolle spielen. Ebenso in der Region gelegen ist die arabische Halbinsel. Dort gibt es SomalierInnen in den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie im Jemen. In Nordamerika befinden sich rund eine Million Personen aus Somalia in Kanada und in den USA. In Asien sind die meisten SomalierInnen in Pakistan und in Indien. Als weiterer Kontinent ist Australien zu nennen. In Europa hielten sich 2015 die meisten SomalierInnen in Norwegen, Schweden, Großbritannien, den Niederlanden, Deutschland und Italien auf. Schätzungsweise handelt es sich insgesamt um eine Million Personen.

## SOMALIERINNEN IN ÖSTERREICH

2016 beantragten 1.534 SomalierInnen Asyl in Österreich. Davon waren 54% der Entscheidungen positiv und 46% negativ. Dies lässt sich weiter unterscheiden: Von den insgesamt 477 positiven Beschlüssen waren 108 Personen asylberechtigt, wohingegen die Mehrheit, 369 Personen, subsidiären Schutz erhielt. Letzterer ist eine Schlechterstellung, da der Aufenthaltstitel zeitlich begrenzt ist. Nicht nur die Lebensplanung wird erschwert, auch die Ansprüche auf staatliche Leistungen sind geringer. Innerhalb Österreichs stellen SomalierInnen die zweitgrößte Gruppe an Personen aus dem afrikanischen Kontinent dar. Insgesamt sind es rund 6.000 SomalierInnen. Die Hälfte, ca. 3.000 Personen, lebt in Wien. Die meisten davon wohnen im 11. und im 15. Bezirk. Dort befinden sich auch etliche somalische Vereine. Aufgrund fehlender Rückübernahmeabkommen werden derzeit keine Abschiebungen nach Somalia durchgeführt. Es gibt hingegen finanzielle Anreize für eine „freiwillige“ Rückkehr, allerdings nur nach Somaliland.

## AUSBLICK

Nach wie vor existieren vielerlei Gründe für anhaltende Migrationsbewegungen aus Somalia. Unter anderem sind dies religiös motivierte Gewalt, fehlende staatliche Infrastrukturen, Unterversorgung oder Wasserknappheit. Obwohl das Lager Dadaab keine Dauerlösung darstellt, bleibt zu hoffen, dass es weiter bestehen kann. Vor dem Hintergrund der aktuellen

Dürre ist Kenia handlungsfähiger als Somalia. Da das Land stabil ist, dauert es länger, bis aus Trockenheit eine Hungersnot wird. Somit ergeben sich viele Probleme in Somalia. Einerseits sind es innerstaatliche Unterschiede, die Personen aus dem Süden dazu veranlassen zu flüchten. Andererseits sind es regionale Verschiedenheiten, die Rückführungen in den Norden ermöglichen. Zusammenfassend wird Somalia weiterhin zu den Ländern gehören, aus denen viele Menschen flüchten werden.

## LITERATUR

DIRIE, Waris

1998. Wüstenblume. München: Schneekluth Verlag.

2002. Nomadentochter. München: Blanvalet Verlag.

2005. Schmerzenskinder. Berlin: Schröder Verlag.

2007. Brief an meine Mutter. Berlin: Ullstein Verlag.

2010. Schwarze Frau. Weißes Land. München: Droemer Knauer Verlag.

2013. Safa, die Rettung der kleinen Wüstenblume. München: Droemer Knauer Verlag.

FARAH, Nuruddin

2000. Geheimnisse. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

2001. Duniyas Gaben. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

2001. Tochter Frau. München: Frederik und Thaler Verlag.

2001. Vater Mensch. München: Frederik und Thaler Verlag.

2003. Yesterday, tomorrow. Stimmen aus der somalischen Diaspora. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

2016. Jenes andere Leben. Berlin: Suhrkamp Verlag.

MOHAMED, Nadifa

2014. Der Garten der verlorenen Seelen. München: C. H. Beck Verlag.

2015. Black Mamba Boy. München: C. H. Beck Verlag.

E-Mail: [mehraalsflucht.ksa@univie.ac.at](mailto:mehraalsflucht.ksa@univie.ac.at)

[www.mehraalsflucht-ksa.univie.ac.at](http://www.mehraalsflucht-ksa.univie.ac.at)

# Auf gute Machbarschaft!

Neue Wohnung  
gefunden – und neue  
Freunde gleich dazu!  
**Mit dem Nachbar  
wird's machbar.**



UNIQUE

## WILLKOMMEN NACHBAR!

Bei der wohnpartner-Initiative „Willkommen Nachbar“ stehen „alteingesessene“ BewohnerInnen ihren neuen Nachbarn mit Rat und Tat zur Seite. Sie unterstützen sie dabei, sich in die Hausgemeinschaft einzugewöhnen und legen so den Grundstein für ein besseres Miteinander. Möchten auch Sie die Gemeinschaft in Ihrem Wohnumfeld stärken und aktiv werden? Die wohnpartner informieren Sie gerne:

[www.wohnpartner-wien.at/unser\\_angebot/aktive\\_nachbarschaft/](http://www.wohnpartner-wien.at/unser_angebot/aktive_nachbarschaft/)

StadT  Wien

# IRAK





# IRAK

## Geographie und Bevölkerung

Der Irak liegt zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris und ist daher auch als „Zweistromland“ bekannt. Seine Fläche ist fünfmal größer als jene Österreichs. Das Land grenzt an Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien, Kuwait, Iran und die Türkei. Im Zentrum des Landes liegt die Hauptstadt Bagdad. Die irakische Bevölkerung wird auf etwa 36 Millionen EinwohnerInnen geschätzt. Die Angaben sind aber nicht genau, weil sich Volkszählungen in den letzten Jahrzehnten als schwierig erwiesen haben. Die letzte Volkszählung, die auch die kurdische Bevölkerung miteinschloss, wurde 1987 durchgeführt. Der Altersdurchschnitt liegt bei 20 Jahren und ist damit vergleichsweise sehr jung. Etwa 66% der Menschen leben in Städten.

### ETHNISCHE UND RELIGIÖSE GRUPPEN

Die irakische Bevölkerung ist sowohl in ethnischer als auch in religiöser Hinsicht sehr durchmischt. Unter einer Ethnie versteht man Menschen, die sich einer bestimmten Gruppe zugehörig fühlen, welche sich nach eigener Auffassung sozial und kulturell von anderen Gruppen unterscheidet. Schon seit der Antike ist der Irak ein Siedlungsgebiet und Durchzugsraum zahlreicher Gruppen, Herrscher und Kulturen mit den verschiedensten religiösen Hintergründen.

Der Anteil der arabischen Bevölkerung liegt bei ca. 75-80% und der Anteil der kurdischen Bevölkerung bei ca. 15-20%. Weitere ethnische Minderheiten sind Assyrer, Aramäer und Turkmenen mit insgesamt ca. 5-10%. Die islamisch-schitische Mehrheit umfasst ca. 60-65% und die islamisch-sunnitische Bevölkerung etwa 32-37%. Weitere religiöse Gruppen sind Christen, Juden, Yeziden und Mandäer/Sabier. Ihr Bevölkerungsanteil wird jeweils auf unter 1% geschätzt. Der Großteil der sunnitischen Bevölkerung lebt im Nordirak, während die

*Der Shorja Markt in Bagdad*  
© Amir Sabah, 2017







*Saxophonspieler im Al-Qusla Park in Bagdad*  
© Mustafa Sabah, Bagdad 2017

schiiitische Bevölkerung eher in den südlichen Landesteilen angesiedelt ist. Viele Städte waren jedoch schon immer multireligiöse Orte, wie beispielsweise Mossul im Norden.

Außerdem gibt es im Irak ca. 150 Qabila. Das sind Gruppenzugehörigkeiten vergleichbar mit einem „Stamm“. Ihnen rechnen sich etwa 75% der Bevölkerung zu. Allerdings sind

mit dem Wort Stamm sehr veraltete Vorstellungen verbunden und vor allem in städtischen Gebieten pflegen viele IrakerInnen moderne Lebensstile, die mit den in Europa verbreiteten Vorstellungen von Stämmen nicht viel gemeinsam haben. Die Qabila sind in eine Vielzahl von Untergruppen gegliedert, die kleinste Einheit stellen die Großfamilien dar. Die Zugehörigkeiten zu den verschiedenen Qabila haben erst infolge des Irakkriegs und im Zusammenhang mit den andauernden Konflikten im Irak zunehmend an politischer Bedeutung gewonnen.

Der Irak wird häufig in fünf kulturelle Regionen eingeteilt. Dies ist jedoch vereinfacht, da Menschen verschiedener kultureller Hintergründe über das gesamte Land verteilt leben. Diese Großräume sind die kurdische und turkmenische Kultur im Norden, die arabisch-sunnitische Kultur im Westen und die arabisch-schiiitische Kultur im Zentrum sowie in der südirakischen Provinz Basra; außerdem die assyrisch-christliche Kultur in einigen Städten im Norden und die Kultur des südlichen Marschlandes (Mandäer/Sabier).

Die arabischen Schiiten, die arabischen Sunniten und die Kurden machen die größten ethnisch-religiösen Gruppen im Irak aus. Die Konflikte im Mittleren Osten werden häufig auf die Auseinandersetzungen zwischen der schiiitischen und der sunnitischen Bevölkerung zurückgeführt. Die Situation ist jedoch komplexer. Einerseits spielen auch andere ethnisch-religiöse Zugehörigkeiten eine Rolle, ebenso wie die Qabila. Andererseits werden Zugehörigkeiten heute von verschiedenen Akteuren und deren politischen und wirtschaftlichen Interessen ausgenutzt. Außerdem sind einige Qabila

(Stämme, siehe oben) religiös durchmischt, also nicht rein schiitisch oder rein sunnitisch.

Für die schiitische Mehrheit ist der Irak schon seit der Regierungszeit des Kalifen Ali ibn Abu-Talib (565 bis 661 n. Chr.) ein Zentrum des Glaubens. Sie betrachten Ali, einen der Schwiegersöhne des Propheten Mohammed, als dessen rechtmäßigen Nachfolger. Die Städte Nadschaf und Kerbala zählen zu den größten schiitischen Heiligtümern. Jedes Jahr bewegen sich große Pilgerströme aus allen Teilen der Welt zu den heiligen Stätten und halten Trauerzeremonien ab. Die Zeremonien sind auf die Schlacht von Kerbala 680 n. Chr. zurückzuführen, bei der Husayn (einer der Söhne Alis und damit Enkel des Propheten Mohammed) als vierter Imam der Schiiten geschlagen und enthauptet wurde. Imame sind Vorbeter in der Moschee und haben eine ähnliche Funktion wie die Priester im Christentum. Im schiitischen Glauben haben sie einen hohen Stellenwert; bei den „Zwölferschiiten“, einer Untergruppe des schiitischen Islam, werden sie als sündenlos und unfehlbar angesehen. Im sunnitischen Islam spielen sie dagegen eine geringe Rolle. Die Schlacht von Kerbala stellte einen Kampf um das Machtzentrum des islamischen Glaubens dar und wurde zwischen Streitkräften aus Damaskus (Syrien) und Husayn aus Kufa (Irak) ausgetragen. Die Auseinandersetzung war damit auch entscheidend für die Trennung der Muslime in Sunniten und Schiiten als Hauptströmungen des Islam. Die Stellung und die Bedeutung der Imame sind bis heute noch zentrale Streitpunkte zwischen Sunniten und Schiiten.

Der Anteil der christlichen Bevölkerung ist neueren Daten zufolge auf unter 0,8% gesunken. 1991 lag er noch bei etwa 6%. Geschichte, Kultur und ethnische Herkunft der christlichen Gruppen im Irak sind äußerst vielfältig. Auch unter der kurdischen Bevölkerung hat das Christentum eine lange

*Mann schenkt Al-Dallah Kaffee ein* © Amir Sabah, Bagdad 2017



Geschichte. Allerdings sind seit der Unabhängigkeit 1932 und infolge der jüngeren Entwicklungen und Kriege viele ChristInnen ausgewandert.

# Geschichte

## ZERFALL DES OSMANISCHEN REICHES UND DIE IRAKISCHE MONARCHIE

Das osmanische Reich war seit dem 16. Jahrhundert in weiten Teilen des Nahen Ostens dominant. Darunter auch in „Mesopotamien“, den heutigen drei Provinzen Bagdad, Mossul und Basra im Irak. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges marschierte die britische Armee in dieses Gebiet ein und eroberte Bagdad im März 1917. Während des Ersten Weltkrieges wurde auch das geheime Sykes-Picot-Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien abgeschlossen. In dem Abkommen teilten sich die beiden Länder ihre Interessensgebiete im Nahen Osten auf. Die Briten waren vor allem an dem Gebiet um Mossul interessiert, weil es dort reiche Erdölvorkommen gab. 1920 wurden die Provinzen Bagdad, Mossul und Basra zu einem Staat zusammengefasst und der moderne Irak entstand. Die Grenzen im Westen wurden geradlinig entlang der Öl-Pipelines gezogen. Der Irak stand sodann unter britischem Mandat.

Diese Zeit war geprägt von arabischen und kurdischen Revolten gegen die britische Macht. Die Qabila spielten hier eine große Rolle und lehnten sich gegen die Fremdherrschaft auf. Die Revolten wurden jedoch blutig niedergeschlagen. Die Briten wollten die politische Lage stabilisieren und weiterhin ihre Machtposition sichern. Sie versuchten eine irakische Monarchie zu etablieren: 1921 wurde Faisal I. zum ersten König des Irak gekrönt. Er schloss mehrere Verträge mit den Briten ab, die eine politische und militärische Zusammenarbeit zwischen Irak und Großbritannien sichern sollten.



Gleichzeitig entwickelte sich eine neue Elite von reichen Landbesitzern und damit eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich. Auch wenn 1932 das Land zu einer unabhängigen konstitutionellen Monarchie wurde, stand es noch immer in enger Beziehung zum britischen Königshaus.



Der Abneigung innerhalb der irakischen Bevölkerung gegen Monarchie und britische Fremdherrschaft wuchs und führte im Jahr 1958 zu einer blutigen Revolution. Am 14. Juli 1958 wurde die Monarchie gestürzt. Faisal II., der Enkelsohn von Faisal I., und dessen Onkel wurden erschossen. Der Offizier Abdel Karim Qasim beendete damit die Monarchie im Irak und übernahm die Macht. Er führte eine nationalistische und säkulare, also nicht-religiös ausgerichtete, Regierung.

1973 Mit freundlicher Genehmigung von Mohammad Sabah

## DIE BAATH-PARTEI

Der Baathismus (Baath bedeutet „Erwachen“) wurde in den 1940ern von Michel Aflaq und Salah Bitar in Ägypten begründet. Er orientiert sich an der panarabistischen Ideologie. Diese ist eine Mischung aus arabischem Nationalismus und arabischem Sozialismus. Zum einen gab es den Wunsch nach einer arabischen Einheit, die alle arabischen Länder miteinschloss und sich gegen die „westliche“ Kolonisierung richtete. Zum anderen sollten z.B. ein Sozialversicherungssystem aufgebaut und Chancengleichheit innerhalb der Gesellschaft etabliert werden.

Nach zahlreichen Putschversuchen, gelang es den Mitgliedern der Baath-Partei im Februar 1963 Qasim zu stürzen. Sie schafften es aber erst im Juli 1968 an die Macht zu kommen, da es Unstimmigkeiten und Konflikte innerhalb der Partei gab. Es folgten mehrere Maßnahmen, um die staatliche Stabilität von innen aufzubauen. Neue Sozialreformen wurden eingeführt.

Die irakische Erdölindustrie wurde zwischen 1972 und 1975 nach und nach verstaatlicht. Mit den Einnahmen aus der Erdölindustrie konnte der Irak finanzielle Mittel für Infrastruktur und den sozialen Sektor aufbringen.

## SADDAM HUSSEIN UND DIE UN-SANKTIONEN

Im Juli 1979 übernahm Saddam Hussein die Macht im Irak. Er hatte seine Machtübernahme in den Jahren davor sorgfältig vorbereitet und zahlreiche politische GegnerInnen ausgeschaltet. 1980 begann Saddam Hussein einen Krieg gegen den Iran, den sogenannten Ersten Golfkrieg. Er wollte durch einen schnellen Sieg gegen den instabilen Nachbarn seine Machtposition sichern. Der Krieg dauerte acht Jahre lang, ein Sieg blieb allerdings aus. Gleichzeitig ging Saddam Hussein radikal gegen die Opposition im Irak vor. Besonders die kurdische Bevölkerung und die politischen GegnerInnen des Regimes aus der Gruppe der Schiiten hatten darunter zu leiden. Unter Husseins autoritärer Herrschaft blieben die Moscheen der einzige Raum, in dem Debatten und politische Aktivitäten möglich waren. Somit wurde in dieser Zeit der erste Schritt zur Islamisierung politischer Gruppen gesetzt. Damit ist die Verbindung von politischen Interessen mit der Religionszugehörigkeit gemeint. Die Politisierung der Religion sollte infolge des Irakkriegs ihren Höhepunkt erreichen.

1990/91 folgte der Zweite Golfkrieg gegen Kuwait. Direkt nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait wurden strikte Sanktionen des UN-Sicherheitsrates gegen den Irak verhängt. Die Sanktionen dauerten bis zur US-Invasion 2003 an und hatten fatale Folgen für die irakische Wirtschaft und die Lebensbedingungen der Bevölkerung. In der Sanktionspolitik der Vereinten Nationen (UNO) fehlten humanitäre Ausnahmeregelungen, die ein würdevolles Überleben der Bevölkerung gewährleisten hätten können. Dazu gehörte die Bereitstellung von Lebensmitteln, Medikamenten, sauberem Wasser und Elektrizität. Die Konsequenzen waren Krankheit, Armut und Mangelernährung. Der Wiederaufbau des Landes nach den beiden Golfkriegen konnte kaum voranschreiten. Die Infrastruktur war in schlechtem Zustand und dem Bildungssystem fehlte es an finanziellen Mitteln.

Das Ausbleiben humanitärer Hilfe war unter anderem auf Unstimmigkeiten innerhalb des UNO-Sicherheitsrates zurückzuführen. Es sollte bis Jänner

1996 dauern, bis sich dieser auf ein Programm für humanitäre Hilfe einigen konnte: das „Öl-für-Lebensmittel-Programm“ (Oil-for-Food-Program, OFFP). Das Programm sollte es dem Irak trotz der Wirtschaftssanktionen ermöglichen, Erdöl gegen humanitäre Güter, vor allem Lebensmittel und Medikamente, einzutauschen. Wegen fehl-ender Zusammenarbeit und Unstimmigkeiten zwischen der irakischen Regierung und der UNO kam es zu Konflikten innerhalb des Programms.

Die Einnahmen für humanitäre Maßnahmen durch das Erdöl blieben zu gering, um die schlechten Bedingungen für die irakische Bevölkerung zu ändern. Iraks Erdölindustrie befand sich nach den Kriegen in einem schlechten Zustand und ein Wiederaufbau war aufgrund der Sanktionspolitik nicht möglich. Die Sanktionen endeten nach 13 Jahren humanitärer Katastrophe im Mai 2003, zwei Monate nach dem Einmarsch der US-Truppen in den Irak.



*Cafébesucher sehen sich die Nachrichten an*  
© Amir Sabah, Bagdad 2017

## DER DRITTE GOLFKRIEG

Der Dritte Golfkrieg bzw. Irakkrieg ist eines der kompliziertesten Themen in der irakischen Geschichte. Die Militärinvasion begann am 20. März 2003 und wurde von den USA, Großbritannien und der „Koalition der Willigen“ geführt. Letztere bestand aus einer Reihe von Staaten, die den Einzug in den Irak politisch oder militärisch unterstützten. Allerdings ist die genaue Anzahl der Mitglieder nicht geklärt, da einige Staaten ihre Beteiligung abstreiten oder nicht genannt werden wollen. Die USA gaben vor allem den Kampf gegen das Terrornetzwerk Al-Qaida infolge der Anschläge von September 2001, sowie die Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen als Gründe für die Invasion an. Die Kriegsgründe waren jedoch stark umstritten. Beauftragte der UNO, die IAEA (Internationale Atomenergie-Organisation) und Antiterrorexperten verwiesen auf fehlende und unzuverlässige Quellen.

Die Invasoren erhielten kein UN-Mandat des UNO-Sicherheitsrates für den Einzug in den Irak; somit handelte es sich beim Irakkrieg um



eine völkerrechtswidrige Militärintervention. KriegsgegnerInnen hielten wirtschaftliche und geostrategische Interessen der USA und Großbritanniens für vordergründig, allen voran das Interesse am irakischen Erdöl. Dabei wird häufig auf die strenge Bewachung des Ölministeriums während der US-Besatzung hingewiesen, welches trotz der vielen Brandstiftungen bei anderen Ministerien unbeschädigt blieb.

Die US-Intervention war neben den Brandstiftungen von massiven Plünderungen öffentlicher und historischer Gebäude der Hauptstadt begleitet. Dabei gingen zahlreiche kulturelle und historische Güter verloren, wie beispielsweise der Großteil der archäologischen Schätze des Nationalmuseums, das gesamte Osmanische-, Königliche- und Staats-Archiv, die Koranbibliothek, sowie Unterlagen über das jahrhundertealte Bewässerungssystem, das heute größtenteils verfallen ist.

Auf die Bombardierungen und die Intervention folgte die Besetzung des Irak bis 2011. Während dieser Zeit herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände im Land. Die Polizei, das Militär und die Verwaltung wurden aufgelöst und von den USA und ihren Verbündeten neu aufgebaut. Zu diesen zählten die beiden kurdischen Parteien sowie aus dem Exil zurückgekehrte Kräfte. Zu den politischen Gruppen aus dem Exil gehörten zum Beispiel die



*Straßenszene in Bagdad*  
© Amir Sabah 2017



*Corniche Park in Stadtteil Adhamiya*  
© Amir Sabah, Bagdad 2017



*Al-Mutanabbi Straße im August 2017*  
© Mustafa Sabah, Bagdad

radikal-schiitischen Organisationen „Oberster Islamischer Rat im Irak“ (SCIRI) und die „Islamische Dawa Partei“, die auch heute noch eine große Rolle im Irak spielen. Zahlreiche Soldaten verloren durch die Auflösung des Militärs ihre Arbeit. Dazu kam die Einführung eines ethnisch-konfessionellen Proporz-Systems: alle Ämter und Positionen wurden entlang ethnischer oder religiöser Linien nach Parteizugehörigkeit vergeben. Damit gewannen ethnische und religiöse Zugehörigkeiten zunehmend politische Bedeutung. Bis heute werden ethnisch-religiöse Zugehörigkeiten für geopolitische und wirtschaftliche Interessen herangezogen.

Alle bisherigen Investitionsgesetze wurden im Laufe der US-Besatzung außer Kraft gesetzt. Die gesamte Wirtschaft des irakischen Staates wurde für internationale Unternehmen geöffnet. Staatliche Großunternehmen, kleinere Firmen und Bauern wurden in den Ruin getrieben, weil sie der internationalen Konkurrenz nicht standhalten konnten. Auch Grundversorgungen, wie beispielsweise die Wasser- und Abwassersysteme, wurden privatisiert. Die Arbeitslosenrate stieg auf über 70%. Staatliche Subventionen für Nahrung, Gesundheit und Bildung wurden dagegen drastisch gesenkt.

## Aktuelle Situation

Seit Juli 2014 ist Fuad Masum Präsident und damit der zweite kurdische Präsident der Geschichte des Irak. Seit September 2014 ist Haider al-Abadi Premierminister. Er ist außerdem Vorsitzender der schiitischen Islamischen Dawa Partei, einer religiös-konservativen Partei. Die Regierung setzt sich

aus einer Koalition von neun Parteien zusammen, die mit 92 von 328 Sitzen im Parlament vertreten ist.

## DER KAMPF GEGEN DEN „ISLAMISCHEN STAAT“ (IS)

Der „Islamische Staat“ (IS) entstand schon 2003, damals noch als „al-Qaida im Irak“ bekannt. 2007 nannte sich die Miliz dann „Islamischer Staat im Irak“ (ISI) und ab 2011 „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (ISIS). Am 29. Juni 2014 rief der ISIS ein Kalifat aus und ernannte Abu Bakr al-Baghdadi zu seinem Kalifen, der schon seit 2010 Anführer des IS gewesen ist. In den vom IS besetzten Gebieten wird die Miliz vor allem wegen ihrer radikalen und gewaltsamen Vorgehensweise gefürchtet. Aber auch im Westen ist der IS in den Fokus medialer Aufmerksamkeit geraten, insbesondere seit den Terroranschlägen in Paris 2015. Auch wenn seine Stärke vom russischen Militär im Dezember 2014 noch auf etwa 70.000 ExtremistInnen geschätzt wurde, liegen aktuelle Schätzungen der CIA eher bei 20.000. Der IS trägt maßgeblich zu den derzeitigen Konflikten und den schlechten Lebensbedingungen im Irak bei. Im Westen des Irak ist ca. ein Viertel bis ein Drittel durch den IS besetzt, der sowohl von der kurdischen Miliz, den sogenannten „Peschmerga“, als auch von der Zentralregierung mit Sitz in Bagdad bekämpft wird. Dazu kommen noch zahlreiche kleinere militärische Gruppen und schiitische Milizen, die gegen den IS kämpfen.

Im Oktober 2016 begann im Gebiet um Mossul eine Großoffensive gegen die Terrormiliz IS, die noch immer andauert (Stand Juni 2017). Die Stadt Mossul im Norden des Irak war in ihrer Geschichte immer ein sehr multireligiöser Ort mit ethnischer Vielfalt. Dort lebten TurkmenInnen, assyrische ChristInnen, KurdInnen, AraberInnen und andere Gruppen miteinander. Im Laufe des Irakkriegs ab 2003 spitzten sich die Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten, sowie zwischen den Qabila, zu. Die Gewalt des IS richtet sich nicht nur gegen ChristInnen und zwingt sie zur Konvertierung, sondern vor allem auch gegen die muslimische Bevölkerung.

Die yezidische Bevölkerung ist ebenfalls stark von den Angriffen des IS betroffen. 24 Massengräber ermordeter YezidInnen wurden in der Region um die Stadt Sindschar (Nordirak) gefunden; sechs davon im yezidischen Dorf Kojo. Dort fand im August 2014 ein brutales Massaker statt. Das Dorf ist weiterhin vom IS besetzt.

Die Zentralregierung in Bagdad und die kurdische Miliz bilden die beiden größten Gruppen im Kampf gegen den IS. Ihre militärische Zusammenarbeit funktioniert zwar momentan, jedoch bleiben politische und wirtschaftliche Streitpunkte bestehen. Diese Konflikte könnten mit einem Sieg gegen den IS wieder an Bedeutung gewinnen. Dazu gehören z.B. die Auseinandersetzungen um die Stadt Kirkuk, in deren Umland zahlreiche Erdölfelder liegen, die von großer ökonomischen Bedeutung sind. Dort lebt sowohl kurdische als auch arabische Bevölkerung.

## WIRTSCHAFTLICHE PROBLEME UND KLIMAWANDEL

Zu den kriegerischen Auseinandersetzungen und der politischen Instabilität kommt eine hohe Arbeitslosenrate. Laut der irakischen Regierung liegt sie bei 16%, sie wird jedoch auf doppelt so hoch geschätzt. Mangelnde Perspektiven im Land spielen vor allem für junge Menschen eine große Rolle. Wie bereits oben ausgeführt, hat sich seit dem Irakkrieg 2003 die Sicherheitslage im Land massiv verschlechtert und die Kriminalität sowie die Zahl der Selbstmordanschläge haben massiv zugenommen. Diese Perspektivenlosigkeit treibt junge IrakerInnen entweder zur Flucht oder sie schließen sich einer der Milizen oder privaten Security-Firmen an. So können zumindest die Männer ausreichend Geld verdienen, um die Versorgung der eigenen Familie zu sichern. Der Krieg wird damit zum größten Arbeitgeber des Landes. Aber nicht nur die eigene Bevölkerung findet Arbeit durch den Krieg. Auch ausländische und westliche Unternehmen profitieren durch Rüstungsgeschäfte von den Konflikten im Irak.

Zusätzlich ist das Land massiv vom Klimawandel betroffen. Dabei zählt es jedoch zu den Ländern mit den niedrigsten Treibhausgasemissionen. Laut Schätzungen von 2009 haben über 100.000 IrakerInnen ihren Wohnort nach mehreren aufeinanderfolgenden Jahren der Trockenheit verlassen müssen. Das Grundwassersystem ist durch Schadstoffe belastet und die unterirdischen Kanäle der traditionellen Bewässerungssysteme sind weitgehend verfallen. Das führt zu Landflucht und Überbevölkerung in den Städten. Dazu kommt ein steigender Bevölkerungsdruck: Das Bevölkerungswachstum liegt mit 3,2% (2015) weit über dem globalen Durchschnitt.



Konzert im Irakischen  
Nationaltheater  
© Armir Sabah, Bagdad 2017

## FRAUEN IM IRAK

Die irakischen Frauen sind besonders stark von den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte betroffen. In den 1960er- und 1970er -Jahren wurden zunehmend Bildungsmaßnahmen und soziale Reformen eingeleitet. Zu jener Zeit gab es auch eine starke Frauenbewegung im Irak. Hunderte von Frauen gingen auf die Straßen, um zu demonstrieren. Darunter waren zahlreiche Studentinnen und gut gebildete Frauen.

Noch 1987 ist das irakische Bildungssystem von der UNESCO ausgezeichnet worden. Die Wirtschaft und der Bildungssektor wurden allerdings stark von den UN-Sanktionen getroffen. Dazu kamen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Mit den UN-Sanktionen verringerte sich auch der gesellschaftliche und politische Status der Frauen. Wie schon weiter oben erwähnt, nahm im Zuge des Irakkriegs der Einfluss radikal-islamischer Organisationen zu und den Frauen werden immer mehr Rechte abgesprochen. Derzeit wird ein neues Personenstandsrecht debattiert, das bereits teilweise in Kraft getreten ist. Es soll das Heiratsalter von Frauen auf neun Jahre festlegen; momentan liegt es noch bei 18 Jahren. Artikel 101 spricht dem Mann außerdem uneingeschränktes Sex mit seiner Ehefrau zu, was Vergewaltigung und sexuelle Gewalt in der Ehe legalisiert.

## Die Flüchtlingssituation

Die oben beschriebene aktuelle Lage bietet einige Erklärungen für die große Anzahl irakischer Flüchtlinge innerhalb und außerhalb des Landes. Der Irak gehört zu den Ländern mit den meisten Binnenflüchtlingen weltweit. Ende 2015 waren im Irak laut UNO Flüchtlingshilfe 4,4 Millionen Menschen innerhalb des eigenen Landes auf der Flucht. Die genaue Zahl irakischer Flüchtlinge weltweit lässt sich nur schätzen, lag laut UNHCR Ende 2015



aber bei etwa fünf Millionen. Nach der US-Invasion 2003 sind zunächst über zwei Millionen IrakerInnen nach Syrien und Jordanien geflohen, was beide Staaten massiv überfordert hat. Derzeit fliehen viele in das Autonome Gebiet Kurdistan im Norden des Irak, da dort die wirtschaftliche Lage am stabilsten ist. Dort befinden sich mittlerweile auch etwa 245.000 syrische Flüchtlinge. Dadurch entsteht in den kurdischen Regionen Solidarität über ethnisch-religiöse und nationale Zugehörigkeiten hinweg; ausgerechnet in einem Gebiet, in dem seit Jahrzehnten für die Autonomie einer ethnischen Minderheit gekämpft wird.

## IRAKISCHE FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH

Im Jahr 2016 wurden in Österreich ca. 42.000 Asylanträge gestellt. 2015 waren es noch ca. 88.000 Anträge, darunter ca. 14.000 Asylanträge von Personen mit irakischer Staatsbürgerschaft. 2016 waren es dagegen nur noch etwa 3.000 Anträge von IrakerInnen. Viele IrakerInnen haben mehrfache Fluchterfahrungen hinter sich.

Die Zahl der positiven Bescheide in Österreich ist für AsylwerberInnen aus dem Irak weitaus geringer als für syrische AsylwerberInnen: 2015 haben nur 24% der IrakerInnen (903 Personen) Asylstatus oder subsidiären humanitären Schutz erhalten. Von den syrischen Flüchtlingen erhielten dagegen 81% der AntragstellerInnen (8.297 Personen) einen positiven Bescheid. Dazu kommt, dass viele IrakerInnen lang auf ihren Asylbescheid warten müssen.



*Flucht aus Mosul (2016)*  
© Mstyslav Chernov [CC BY-SA 4.0]



# Empfehlungen

## ROMANE

Fatah, Sherko. Der letzte Ort. 2014. München, Luchterhand Verlag.  
Wali, Najem. Bagdad Marlboro. 2014. München, Hanser Verlag.  
Wali, Najem. Bagdad. Erinnerungen an eine Weltstadt. 2015. München, Hanser Verlag.

## SACHBÜCHER UND WISSENSCHAFTLICHE LITERATUR

Kraitt, Tyma [Hrsg.]. 2015. Irak. Ein Staat zerfällt. Hintergründe, Analysen, Berichte. Wien, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft G.m.b.H.  
Von Sponeck, Hans-Christof. 2005. Ein Anderer Krieg - Das Sanktionsregime der UNO im Irak. Hamburg, Kai-Homilius-Verlag.

## FILME

Iraqi Odyssey, 2014. / Son of Babylon, 2011. / Ahlaam-Dreams, 2005.  
The Secret of the Seven Sisters, 2014



*Irakisches Konzert in Wien*  
© Mahmud Moneka

E-Mail: [mehralflucht.ksa@univie.ac.at](mailto:mehralflucht.ksa@univie.ac.at)  
Homepage: [www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at](http://www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at)



universität  
wien

mehr  
als  
flucht

Eine Initiative am Institut für  
Kultur- und Sozialanthropologie der Uni Wien





e book

## Fremdenrecht

Asyl - Ausländerbeschäftigung - Einbürgerung -  
Einwanderung - Verwaltungsverfahren

Thomas Neugschwendtner/Johannes Peyrl/Christian Schmaus  
Ratgeber

6. aktualisierte Auflage 2017 / 516 Seiten / EUR 29,90  
ISBN 978-3-99046-253-9

Buch + e-book

### Der Praxisratgeber zu Fremdenrecht, Asyl und Einbürgerung

Das Buch bietet eine verständliche und fundierte Darstellung der Rechtslage für MigrantInnen und Flüchtlinge in Österreich. Erklärt werden sämtliche fremdenrechtliche Themenbereiche – von der Einreise nach Österreich bis zur Einbürgerung.

Informationen über politische Zusammenhänge und europäische Entwicklungen helfen, zusammen mit Beispielen aus der Praxis, sich einen Überblick über die komplexe Materie zu verschaffen.

**„Ein Muss nicht nur für professionelle FlüchtlingsbetreuerInnen, sondern auch für engagierte Laien.“ (asyl aktuell 2/2016)**

ERHÄLTlich

VERSANDKOSTENFREI IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

[www.arbeit-recht-soziales.at](http://www.arbeit-recht-soziales.at) / [kontakt@arbeit-recht-soziales.at](mailto:kontakt@arbeit-recht-soziales.at)

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

IM GUT SORTIERTEN BUCHHANDEL





EZA

NATÜRLICH FAIR

## KAFFEE AUS FRAUENHAND

Erhältlich im Weltladen und unter [www.eza.cc](http://www.eza.cc)

### IMPRESSUM

**Herausgeber und Medieninhaber:** *asylkoordination österreich*

A-1070 Wien, Burggasse 81/7, Tel: +43 1 532 12 91

E-Mail: [langthaler@asyl.at](mailto:langthaler@asyl.at), Web: [www.asyl.at](http://www.asyl.at)

**Konto:** IBAN AT08 1400 0018 1066 5749, BIC BAWAATWW

**Abopreis:** (mind. vier Ausgaben pro Jahr) € 16,-

**AutorInnen:** Hannah Dittmer, Susanne Ehart, Paul Grabenberger, Jana Irlenkäufer, Patrick Liebl, Elisabeth Pointner, Gabriele Rasuly-Paleczek, Gertrude Saxinger, Christine Schordan, Tatjana Sharenkova, Ruth Siebenaller, Judith Umathum, Amina Wafler

**Fotos:** AMISOM, Andrewsyrria, Marius Arnesen, Ben/USAID, Bijikurdistan, Mstyslav Chernov, Lazhar Deftien, Abdul Ghafoor, Gerald Hainzl, Kenneth Holston, Tobin Jones, Magnustraveller, Stefan Mako, Mahmud Moneka, IFRC/John Engedal Nissen, Oxfam, Kristina Truluck, Amir Sabah, Mustafa Sabah, Ali Ahmad Safi, Ruth Siebenaller

**Grafik:** Rosa Michor, Almut Rink

**E-Mail:** [mehralflucht.ksa@univie.ac.at](mailto:mehralflucht.ksa@univie.ac.at)

[www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at](http://www.mehralflucht-ksa.univie.ac.at)

Eine Initiative am Institut für

Kultur- und Sozialanthropologie der Uni Wien

mehr  
als  
flucht

**brenn  
stoff**  
Wort & Bild für die Werbung

**GING DA EIN WEISSER,  
EIN SCHWARZER,  
EIN ROTER?  
DER SAND SAGT:  
EIN MENSCH.**

**HANS BAUMANN, SPUR IM SAND**

WWW.GEA.AT · WWW.BRENNSTOFF.COM



- Ich möchte Mitglied der *asylkoordination österreich* werden.
  - Einzelperson € 35,- / Jahr
  - Verein, Initiative € 365,- / Jahr
- Ich möchte die Zeitschrift *asyl aktuell* für € 16,- / Jahr abonnieren.
- Ich möchte ehrenamtlich in der *asylkoordination* oder in einem ihrer Mitgliedsvereine MITARBEITEN.



Name .....

Organisation, Initiative .....

Anschrift .....

Telefon/Fax .....

Unterschrift ..... Datum .....

**asylkoordination  
österreich  
Burggasse 81/7  
A-1070 Wien**